



Nr. 4 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 28. Oktober 2010 von 18.00 - 22.45 Uhr	
Ort	Im TELL-Saal, Bernstrasse 101	
Vorsitz	Müller Lucia (SVP)	1
Stimmzähler	Kehrli Rudolf (SP) und Schenk Madeleine (FORUM)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose</i> : Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Grossniklaus Bruno, Hirt Bruno, Mahler Rudolf, Nova Colette, Riesen Norbert, Scheidegger Jürg-Sven, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian (ab 20.25 Uhr)	10
	<i>SVP</i> : Blaser Erich, Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Landolf Marianne, Weber Beat (ab 18.20 Uhr), Wegmüller Thomas	6
	<i>EVP</i> : Bolliger Renate, Fels Silvia, Wagner Peter, Wagner Rahel	4
	<i>FORUM</i> : Bendoza Thomas, Bruderer Walter,	2
	<i>FDP</i> : Gfeller Heinz, Leumann Beat, Wegmann Peter, Werner Michael	4
	<i>CVP</i> : Löhner Sandra, Rippstein Eduard	2
	<i>Total anwesend</i>	<u>31</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Ernst Synes, Iten Thomas, Lüthy Ursula, Rüedi Urs, Unteregger Schütz Regula sowie Gemeindeschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt	<i>GGR-Mitglieder</i> : Dogan Aziz (SP), Mantarro Alessandra (FORUM), Rüfli Roland (FORUM), Schär Roger (parteilos), Schärer Liliane (SP), Schröter Bruno (EVP), Truog Markus (SVP), Wegmüller Nadine (SVP) und Zaugg Gerhard (SVP) <i>GR-Mitglied</i> : Panayides Aliko Maria	
Unentschuldigt	keine	

TRAKTANDEN

44. Kommission für öffentliche Sicherheit; Nachnomination.....	138
45. Kinder- und Jugendkommission; Ersatzwahl.....	139
46. Kulturverträge 2012 - 2015; Konsultationsverfahren - Genehmigung.....	140
48. Überparteiliche Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule; Berichterstattung.....	145
47. Sanierung Freibad; Kreditbewilligung für Restaurant, Eingangsbereich und Projekt "Schwimmbecken".....	160
49. Integrationsprojekt "schritt:weise": Genehmigung Schlussbericht und Evaluation; Weiterführung des Projekts als Daueraufgabe der Gemeinde.....	176
50. Überparteiliche Motion betreffend Bedürfnisabklärung und Errichtung einer "Ferieninsel"; Berichterstattung.....	180
51. Orientierungen des Gemeinderates	184
51.1 Rücktritt von Gemeinderat Egon Julmi.....	184
51.2 Schule Dennigkofen; Tag der offenen Tür	184

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Lucia Müller

Jürg Kumli

Die Stimmzählerin:

Der Stimmzähler:

Madeleine Schenk

Rudolf Kehrl

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer, die Pressevertreterinnen sowie die Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse aus dem Mösli mit der Lehrerin Frau Fröhlich herzlich willkommen. Das Traktandum 48 (Einführung Spez-Sek-Klasse) wird euch bestimmt besonders interessieren. Wenn die Diskussionen heute Abend länger ausfallen werden, so entspricht dies dem Begriff "Parlament" (parlare = reden, diskutieren). Wir werden versuchen, für alle eine tragbare Lösung zu finden. Ein Parlament stellt ein wesentliches Grundelement unserer direkten Demokratie dar.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

- ① Herr Bruno Grossniklaus (SP) nimmt heute Abend erstmals an der Parlamentssitzung teil. Er ersetzte per 1. Oktober 2010 Frau Therese Jost (SP).
- ① Heute Abend sind 29 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist beschlussfähig.

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Da die Stimmzähler Roger Schär und Roland Rüfli heute Abend abwesend sind, sind deren Ersatzstimmzähler zu wählen. Rudolf Kehrlı und Madeleine Schenk haben sich bereit erklärt, das Amt interimistisch auszuführen.

A b s t i m m u n g :

Rudolf Kehrlı (SP) und Madeleine Schenk (FORUM) werden einstimmig als Stimmzählende gewählt.

1. Gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nimmt zu Traktandum Nr. 47 (Sanierung Freibad) der Abteilungsleiter Hochbau, Jürg Hebeisen, an der heutigen Sitzung teil. Da Herr Hebeisen erst ab 20.00 Uhr der Sitzung teilnehmen kann, muss das Geschäft Nr. 47 in der Traktandenliste zurückversetzt werden.
2. Die Beschwerde gegen die „Ersatzbeschaffung der ADL“ wurde vom Regierungstatthalter, Christoph Lerch, abgewiesen. Dem Beschwerdeführer wurden die Verfahrenskosten von Fr. 500.-- auferlegt.
Das Anliegen des Beschwerdeführers hat Platz in der Budgetdebatte anlässlich der Dezembersitzung. Aus diesem Grund bitte ich den Beschwerdeführer, auf ein Weiterziehen der Beschwerde an die nächst höhere Instanz zu verzichten.
3. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - ① Die Sitzungsunterlagen für die GGR-Sitzung vom 18. November 2010
 - ① Die Sitzungsdaten 2011 von GGR und GPK
 - ① 1 Flyer „6. Polit Forum Thun“ vom 11. + 12. März 2011

- ① 1 Reminder: Einladung zur Tagung „Agglomerationspolitik 2010“ am 12. November 2010 - Anmeldungen sind bis am 5. November dem Ratssekretär bekannt zu geben.
- ① 1 Flyer Kulturkommission: Theater für Erwachsene vom 9. November 2010
- ① 1 Flyer "unbekannt" - Einladung zur Vernissage am 19. November
- 4. Der diesjährige Ratsausflug fand am Donnerstag, 21. Oktober statt. Besten Dank allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für das Interesse sowie dem Team des Tertianums für das herrliche Nachtessen und den guten Service. Ein paar Eindrücke in Form von Fotos werden in die Zirkulation gegeben.
- 5. Die nächste, ausserordentliche Sitzung findet am 18. November 2010 statt.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 51: Orientierungen des Gemeinderates

- a. Rücktritt von Gemeinderat Egon Julmi (FDP) - Sprecher: Ch. Zahler
- b. Schulanlage Dennigkofen: Beendigung der Hauptsanierung; Tag der offenen Tür am 20. November 2010 - Sprecherin: U. Lüthy

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Gestattet sei mir noch eine Weisheit von Goethe:

*Ein Abend, an dem sich schon von Beginn an alle einig sind, ist ein verlorener Abend.
Ein Abend hingegen, an dem man sich gemeinsam einigen konnte, ist ein erfolgreicher Abend.*

100.3 Protokollgenehmigung

43. Protokoll der 3. Sitzung des GGR vom 9. September 2010; Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Zum Protokoll liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 3. GGR-Sitzung vom 9. September 2010 wird mit bestem Dank an den Ratssekretär genehmigt.

10.6.24 Kommission für öffentliche Sicherheit (KöSi)
50.0.00 Allgemeines

44. Kommission für öffentliche Sicherheit; Nachnomination

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Der Botschaft konnte entnommen werden, aus welchen Gründen diese Nachnomination heute Abend stattfindet. Auf Vorschlag der SP/Grüne-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Neumitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit wird für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. November 2010 bis 31. Dezember 2012 Herr Erwin Roos, Jura-blickweg 8 d, 3072 Ostermundigen, gewählt.

10.6.26 Kinder- und Jugendkommission

45. Kinder- und Jugendkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Auf Vorschlag der EVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Fabian Baumgartner (EVP) wird Daniela Gerber (EVP), Wegmühlegässli 38, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. November 2010 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Kinder- und Jugendkommission gewählt.

10.14.40	Regionalkonferenz Bern-Mittelland (Bernplus)
15.1.01	Kulturkonferenz
15.3.12	Beiträge an kulturelle Institutionen der Stadt Bern

46. Kulturverträge 2012 - 2015; Konsultationsverfahren - Genehmigung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Thomas Iten (SP): Je nachdem wie die Botschaft gelesen wird, könnte der Eindruck aufkommen, dass der Gemeinderat gegen die Kulturverträge ist. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Kultur im Allgemeinen und die fünf Kulturinstitutionen der Stadt finanziell unterstützt werden sollten.

Der Gemeinderat ist jedoch mit dem präsentierten Finanzierungsschlüssel nicht einverstanden. Aufgrund des Verfahrens hatte der Gemeinderat keine Möglichkeiten, sich explizit zum Finanzierungsschlüssel zu äussern. Das bisherige Finanzierungssystem hat sich bewährt und soll entsprechend weitergeführt werden. Gleichzeitig ist es dem Gemeinderat ein Anliegen, sich nicht nur finanziell zu beteiligen, sondern auch entsprechend Verantwortung zu übernehmen. In diesem Sinne freue ich mich auf eine spannende Diskussion.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt den Verträge mit einem "ja-aber" zu. Wir sind mit dem jetzigen Ablauf auch nicht glücklich. Für uns ist unverständlich, wie das heutige Finanzierungsmodell nach der Finanzkraft der Gemeinden, zu den Bevölkerungszahlen wechseln konnte. Es ist offensichtlich, dass finanzkräftige Gemeinden eine reiche Bevölkerungsschicht ihr Eigen nennen dürfen. Die fünf Institutionen kennen teure Billettpreise und die Veranstaltungen werden hauptsächlich von gut verdienenden Personen besucht.

Wir finanzieren mit einem jährlichen Beitrag von ca. 0,5 Mio. Franken diese Kulturinstitutionen. Doch wir können nicht auf eine bestimmte Anzahl Eintritte zurückgreifen. Bei guten Anlässen sollte auch die Gemeinde Ostermundigen in den Genuss von einer bestimmten Anzahl an Tickets kommen. Ich wollte einmal vom Vorverkauf Gebrauch machen. Doch mir wurde mitgeteilt, dass bereits alle Tickets für die nächsten Aufführungen verkauft worden seien. Auf die Frage, ob ich für spätere Aufführungen Tickets kaufen kann, wurde mir mitgeteilt, dass diese Tickets noch nicht im Vorverkauf erhältlich sind. Auf die Frage, wann denn diese Tickets in den Vorverkauf kämen, wurde mir mitgeteilt, dass diese Tickets gar nie in den Vorverkauf kämen, da diese bereits vorgängig verkauft werden.

In diesem Fall fühle ich mich als Steuerzahler von diesen 0,5 Mio. Franken Ostermundigen-Beitrag hintergangen.

Der Gemeinderat Thomas Iten hat bereits erwähnt, dass wir in die Mitsprache aktiv mit einbezogen werden sollten, und dass eine Gemeindevertreterin resp. -vertreter in ein strategisches Gremium oder in die Regionale Kulturkommission Einsitz zu nehmen hat.

Walter Bruderer (FORUM): Wir vom FORUM können uns den Ausführungen von Eduard Rippstein anschliessen. Wir wollen keinesfalls eine Änderung des bisherigen Kostenteilers!

Wir möchten noch einige Empfehlungen abgeben: Harte Budget- und Leistungsvorgaben an alle Kulturanbietenden sind zwingend notwendig.

Zur Renovation Stadttheater:

- Wir machen unseren finanziellen Beitrag davon abhängig, ob Berns direkte Nachbargemeinden mitzahlen oder nicht.
- Welche einmaligen oder regelmässigen (im Abo) Gegenleistungen erhalten die spendenden Gemeinden vom Stadttheater?
- Haben wir Einfluss auf die Programmangebote? Neukreationen von Werken sind vorgängig nicht nur durch Künstler auf den kulturellen Wert, sondern auch in wirtschaftliche Beziehung zu beurteilen.
- Die Stadt Bern könnte auch Sponsoren suchen oder fürs Stadttheater eine AG bilden (wie bei der BEA).
- Wenn alle Investitionen ins Stadttheater in einen separaten Topf abgeschrieben worden wären, sollte eigentlich das nötige Kapital für die Renovationsarbeiten vorhanden sein.

1)

Renate Bolliger (EVP): Kultur ist wichtig, Kultur kostet etwas, zur Kultur müssen auch wir etwas beitragen. Wir von der EVP-Fraktion begrüssen grundsätzlich, dass die Kulturverträge weitergeführt werden. Wir profitieren hier in Ostermundigen von den Institutionen in der Stadt. Allerdings sind wir froh, dass der Gemeinderat die Fragen der Kommission Kultur wie in der Botschaft dargelegt, beantwortet hat.

- Zu Frage 1: Die Berechnungsgrundlage und der Verteilschlüssel sollten so bleiben wie bisher, das sehen wir als EVP auch so.
- Zu Frage 2: Auch die Gebäudesanierung des Stadttheaters sollten möglichst alle mittragen, es kann ja nicht sein, dass hier nur einzelne mitfinanzieren.

Wir sind mit den Ausführungen (insbesondere Punkt 5) des Gemeinderates einverstanden.

Beat Leumann (FDP): Die FDP-Fraktion kann den gemeinderätlichen Antworten und somit dem Geschäft grundsätzlich zustimmen. In der Botschaft wird die um 2,5 % teuerungsbedingte Erhöhung erwähnt. In Kapitel 2.3 werden die 4,7 % Mehraufwendungen erwähnt, d. h. Ostermundigen bezahlt jährlich Fr. 20'000.-- mehr an Subventionen an die fünf Institutionen. In der letzten Zeit haben nicht alle diese Erhöhung erhalten. Da ist die Frage berechtigt: Mit was wird die Kultur gemessen?

Für die Sanierung des Stadttheaters ist die Ausgangslage klar: Wenn die 60 anderen Gemeinden sich an der Finanzierung nicht mitbeteiligen, so hat auch die Gemeinde Ostermundigen keine Beiträge zu leisten. In diesem Fall müsste das Ganze neu überdacht und eine neue Vorlage vorgestellt werden. Die jetzige Situation ist schwierig zu begreifen. Spätere Generationen können kopfschüttelnd die Situation auflösen.

1) 18.20 Uhr: Beat Weber tritt der Sitzung bei. Neu sind 30 Ratsmitglieder anwesend.

Thomas Wegmüller (SVP): Die SVP-Fraktion schliesst sich der Meinung der CVP-Fraktion an. Wir sind absolut nicht glücklich über die Situation, dass die finanziellen Mittel pro Einwohnende verrechnet werden sollen. Ein Vergleich mit der Gemeinde Deisswil bei Münchenbuchsee zeigt, dass wir 692 % mehr an die kulturellen Beiträge leisten (+ Fr. 428'560.--).

Für mich ist das ein Horrorbetrag. Ostermundigen als Multi-Kulti-Gemeinde kann nicht die gleichen starken Einkommen ausweisen, wie eine Gemeinde, welche die fünf Institutionen in Massen besuchen wird. Wir begrüssen das Vorgehen des Gemeinderates in den Punkten 2 und 5. Wir werden dem Geschäft zähneknirschend zustimmen.

1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP): Die SP-/Grüne-Fraktion ist überzeugt von den vorliegenden Kulturverträgen. Zur Botschaft möchte ich noch drei Anregungen anbringen. Kultur ist mehr als die fünf Institutionen; es sind letzten Endes auch Menschen. Für uns ist Multi-Kulti positiv. Alle Nationalitäten mit einem wertvollen Kulturbeitrag sind willkommen.

Zur Vorlage möchte ich anmerken, dass es taktisch unklug ist, den Finanzierungsschlüssel ohne mögliche Lösungsmöglichkeit auf dem "Buckel" der Kultur auszutragen wird. Der ganze Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) stimmt für Ostermundigen nicht. Es kann nicht sein, dass bei jeder Revision wir zu mehr finanziellen Beiträgen verpflichtet werden. Gleichzeitig muss ein höherer Steuerfuss angewendet werden. Diese Berechnung ist genauer zu hinterfragen. Es gibt keine Gemeinde ausser Ostermundigen, welche so viele vergleichbare stadttypische Probleme hat. Der Gemeinderat hat das Grundsatzproblem des FILAG nochmals zu hinterfragen.

Zu der Botschaft möchte ich noch drei Bemerkungen anbringen:

- Das Paul Klee Zentrum ist uns auch wichtig. Ich teile die Ansicht des Gemeinderates, dass Veranstaltungen im Grenzbereich "Musik und Kunst" die Kostenberechnung Preis/Leistung/Zuschauer sehr hoch sind. Der Preis pro Besucher ist hoch. Dazu gibt das Zentrum Paul Klee (ZPK) die folgenden Bemerkungen (siehe Seite 9) ab: *...Das Haus forderte bereits ab 2001 - vier Jahre vor der Eröffnung - einen minimalen Subventionsbedarf von 6 Mio. Franken, um den umfassenden Leistungskatalog und den Zentrumsgedanken umzusetzen. Diesem Finanzbegehren konnten die Finanzierungsträger weder in der laufenden noch für die künftige Vertragsperiode nachkommen. Das ZPK weist gegenüber der in Aussicht gestellten Subvention für die Jahre 2012 - 2015 einen jährlichen Mehrbedarf von 2,24 Mio. Franken aus. Es hat dargelegt, dass es ihm mit der in Aussicht gestellten Subvention nicht möglich sein wird, aus der Unterfinanzierung herauszufinden.*

Diese Stellungnahme ist legitim. Aber in Anbetracht dessen, dass es völlig unrealistisch ist, dass mehr Geld gesprochen wird, gehört ein Leistungsauftrag des ZPK (auf was wird verzichtet, welche Änderungen werden am Konzept vorgenommen etc.) um mit den zu erwartenden Finanzen umgehen zu können. Ansonsten verschieben wir das Problem lediglich um Jahre hinaus und in vier oder acht Jahren haben wir immer noch ungedeckte Schuldenbeträge in Millionenhöhe.

- Auf Seite 11 habe ich gestaunt: Hier steht ein Lehrbeispiel, wie ein Fehler diplomatisch gut verpackt werden kann: *...Im Unterschied zum Kanton haben die Stadt Bern und die Re-*

gionsgemeinden keine transitorischen Passiven für die Finanzierung der zweiten Jahreshälfte des STB vorgenommen... Wer sich in der Buchhaltung auskennt weiss, dass bei fehlender transitorischer Buchungen eine Verfälschung der jährlichen Buchhaltung vorgenommen wird. Beim weiterlesen des Textes kann vernommen werden, dass die Finanzierung für ein halbes Jahr fehlt. Somit muss die Finanzierung für ein zusätzliches Halbjahr vorgenommen werden. Mit dem Umstand, dass beim Kanton richtig abgerechnet worden ist, bei Stadt Bern und den Regionsgemeinden aber nicht, habe ich ein transitorisches Problem. Wenn eine Firma nicht richtig transitorisch abgrenzt, stimmt das Rechnungsergebnis des alten Jahres nicht.

- Die Fusion Stadttheater und Sinfonieorchester ist der richtige Weg. Die Überbrückung muss finanziert werden, und wir können auf eine gute Zukunft hoffen.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Bitte die Mikrofonbenützungsregel beachten: Den Mund eine Faustbreite vom Mikrofon weg erzeugt die richtige Klangqualität im Saal und auf dem Protokollaufzeichnungsgerät. Wenn die Sprechenden zu nahe am Mikrofon sind, überschlägt sich das Votum. Wenn ihr zu weit weg sind, kann das Aufnahmegerät die Aussage nur ungenügend aufzeichnen. Der goldige Mittelweg ist gefragt. Besten Dank für das Verständnis.

Departementsvorsteher BKS Thomas Iten (SP): Viele Sachen wurden erwähnt. Viele inhaltliche Voten verstehe ich als Anregung und diese können momentan nicht eins zu eins umgesetzt werden. Zu den Anregungen von Eduard Rippstein betreffend Vorverkaufsstellen müssen wir überprüfen - welche Möglichkeiten stehen der Gemeinde zur Verfügung?

① Votum "Finanzierungsmodell"

Dieser Hinweis hat sich wie ein roter Faden durch die Diskussion gezogen. Was kostet ein pro Kopfplatz, wenn die Kunst und die Musik verknüpft werden? Dies ist aus der Sicht des Gemeinderates der Aspekt für die Aussage zu Frage 5: "Wir wollen auch aktiv (z. B. Verwaltungsrat oder Mandat in der Regionalen Kulturkommission) mitbestimmen können."

① Votum "Sanierung Stadttheater"

Einerseits wird der vom Gemeinderat vorgeschlagene Finanzierungsschlüssel in Frage gestellt. Andererseits stellt Walter Bruderer die Frage bezüglich "Rückstellungen". Vielleicht sollte der Gemeinderat dem Stadttheater oder der verantwortlichen Institution das Konzept STRATUS näher vorstellen, um solche finanzielle Zustände inskünftig zu verhindern. Im Rahmen der Information wurde der Gemeinderat ziemlich ausführlich über die Probleme orientiert: Einerseits steht das Alter der Infrastruktur Stadttheater zum Thema und ein grosser Teil der Investitionen muss aufgrund von neuen Bestimmungen und neuen Sicherheitsvorschriften ausgeführt werden. Auch im Zusammenhang mit der Sanierung der Schulanlage Rüti mussten nachträglich noch feuerpolizeiliche Anpassungen vorgenommen werden.

① Votum Beat Leumann betreffend prozentuale Aufschläge

Die 2,8 % stellen den effektiven Teuerungsausgleich dar. Die 4,7 % setzen sich aus den 2,8 % Teuerung plus das neue Finanzierungsmodell "keine FILAG-Bereinigung (lastenausgleichsbedingte Bereinigung)" zusammen.

① Thema "Abgrenzung"

Dieses Thema nimmt der Gemeinderat als Anregung entgegen. Mir war dieses Vorgehen auch nicht bewusst resp. klar. Auf Seite 11 der Konsultationsunterlagen habe ich erstmals von diesem Thema erfahren. Das ganze Schulbudget müsste effektiv auch von Schuljahr zu Schuljahr berechnet werden. Doch mit transitorischen Abrechnungen kann dieser Laufzeit entgegen gewirkt werden.

Dem Gemeinderat ist es ein besonderes Anliegen, dass das Finanzierungsmodell nochmals hinterfragt und überprüft wird. Mit dem jährlich so hohen finanziellen Beitrag sollte auch die aktive Mitwirkung resp. Mitgestaltung zugunsten der Gemeinde Ostermündigen verbessert werden.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Aus dem Plenum liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Konsultationsantwort des Gemeinderates zu den „Kulturverträgen 2012 bis 2015“ wird zustimmend Kenntnis genommen.

13.0.32 Parlamentarische Vorstösse

48. Überparteiliche Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule; Berichterstattung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Aus terminlichen Gründen wird das Traktandum Nr. 48 vorgezogen.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Thomas Iten (SP): Im Vorfeld wurde viel Papier produziert und die Diskussionen haben stattgefunden. Die Thematik hat es sogar auf Facebook geschafft. Das zeigt die Wichtigkeit des Geschäftes. Zu drei Themen resp. Punkten möchte ich noch Anmerkungen anbringen:

① Klassenkonstellation

Der Ist-Zustand der Klassen Stufe 1 setzt sich wie folgt zusammen:

- In der Schule Mösli bestehen je eine 7., 8. und 9. Sekundarklasse und je eine 7., 8. und 9. Realklasse.
- In der Schule Dennigkofen bestehen je zweimal eine 7., 8. und 9. Sekundarklasse und je zweimal eine 7., 8. und 9. Realklasse.
- In der Botschaft auf Seite 6 ist das Organigramm nach der Genehmigung des gemeinderätlichen Antrages abgebildet. Die Zusammensetzung sieht demnach wie folgt aus:
- Die Schule Mösli bleibt unverändert, d. h. je eine 7., 8. und 9. Sekundarklasse und je eine 7., 8. und 9. Realklasse.
- Der Antrag des Gemeinderates sieht vor, je eine spezielle Sekundarklasse 7. und 8. in der Schule Dennigkofen. Wichtige Erkenntnis aus den Prognosen ist, dass eine 9. Sekundarklasse geschlossen werden muss.
- Gleichzeitig wird an der Schule Dennigkofen weiterhin je eine 7., 8. und 9. Sekundarklasse und je zwei 7., 8. und 9. Realklassen geführt. D. h. es wird keine zusätzliche Klasse eröffnet. Der heutige Klassenzug "Sek. Dennigkofen" wird zur Spez-Sek. umfunktioniert.

① Finanzen

In der Botschaft Kapitel 2.6 kann der Sachverhalt nachgelesen werden. Die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Änderungen haben keine finanziellen Auswirkungen auf die Schule Ostermundigen und damit verbunden auf das Budget der Gemeinde.

① Potenzial

10 bis 12 Jugendliche haben Spez-Sek.-Potenzial: Die Erfahrung zeigt, dass das Potenzial doppelt so gross ist. Die eine Hälfte der Schülerinnen und Schüler hat den Weg über die Spez-Sek. Bolligen gewählt und die andere Hälfte hat den Ostermundiger Weg eingeschlagen. Bereits am 25. März 2010 habe ich den GGR ausführlich über den Stand orientiert. Es hat immer wieder die Situation ergeben, dass Schülerinnen und Schüler mit Spez-Sek.-Potenzial nicht die Schulanlage wechseln wollten.

Die Konstellation hat ergeben: Wir füllen eine eigene Spez-Sek.-Klasse.

Erich Blaser (SVP): Mit Erstaunen stelle wir von der SVP-Fraktion fest, dass der Gemeinderat in der GGR-Botschaft vom 21.09.2010 nur ein Modell/Variante, Führung der „Speziellen Sekundarklassen in Ostermundigen“, erarbeitet hat und zur Beschlussfassung beantragt. Es ist schade, dass dem Parlament die Vor- und Nachteile bei einem Vertragsabschluss mit der Gemeinde Bolligen oder Gümligen vorenthalten werden. Thomas Iten hat vorgängig die Garantie abgegeben, dass in Ostermundigen eine Spez-Sek.-Klasse eingeführt werden kann. Deshalb erlaube ich mir einige Fragen an den Gemeinderat zu stellen:

Wäre es für die Gemeinde Ostermundigen nicht besser, sie würde die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden anstreben, um in verschiedenen Bereichen einer starken Schulregion anzugehören?

- Nicht nur die Frage, ob wir tatsächlich immer genügend Schüler stellen könnten, die das Niveau einer Spez-Sek. erfüllen können, ist ungenügend hinterfragt.
- Wie wirkt sich das auf das Niveau unserer Real- und Sekundarklassen aus, wenn ihnen der grösste Teil ihrer besten Schülerinnen und Schüler entzogen werden?
- Was geschieht mit jenen Schülern, die Spez-Sek.-Niveau hätten, aber mangels genügender Schülerzahl in ihrem Jahrgang kein entsprechendes Angebot beanspruchen können?
- Wie sieht die Bewilligungspraxis der Erziehungsberatung in einem solchen Fall aus, wenn nicht konstant genügend grosse Klassenzahlen gewährleistet werden können?
- Was geschieht wenn unsere Klassenzahl zu klein wird? Nicht nur ein Jahr, sondern vielleicht mehrere hintereinander?

Aus all den erwähnten Gründen sollte die ganze Region in eine sogenannte "Schulorganisation" überführt werden. Die SVP-Fraktion wäre glücklich, wenn Ostermundigen keine separate Spez-Sek. führen, sondern zusammen mit dem Oberstufenzentrum Bolligen eine Lösung anbieten könnte. Die SVP-Fraktion stellt den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1** zum Beschluss:

Punkt 1 bleibt unverändert.

Punkt 2 neu: Ab Schuljahr 2011/2012 (7. Schuljahr) resp. 2012/2013 (8. Schuljahr) muss den Schülerinnen und Schülern von Ostermundigen den Zugang zu Speziellen Sekundarklassen im OZE Bolligen ermöglicht werden.

Punkt 3 bleibt unverändert.

Wir sind zu diesem Änderungsantrag gekommen, da wir der Auffassung sind, dass Ostermundigen nicht genügend Schülerinnen und Schüler für eine eigene Spez-Sek. rekrutieren kann. Zu den finanziellen Vor- und Nachteilen wissen wir nichts. Das führen einer Spez-Sek.-Klasse in Ostermundigen kann nicht kostenneutral erfolgen. Die Schule muss sich neu organisieren, denn diverser Spezialunterricht muss offeriert werden können.

Die SVP-Fraktion hofft, dass der Änderungsantrag durch das Parlament angenommen wird. Das Geschäft kann nicht zurück gezogen werden. Wir müssen heute Abend einen Entscheid fällen, ansonsten haben wir im nächsten Jahr keine Spez-Sek.-Lösung für die Ostermündiger Schülerinnen und Schüler bereit.

Sandra Löhner (CVP): Als Mitglied der Schulkommission möchte ich mich zu diesem Thema auch äussern. Die CVP-Fraktion stimmt dem GR-Antrag zu. Die Diskussion ob eine Spez-Sek.-Klasse notwendig ist oder nicht, haben wir bereits im März 2010 geführt. Wichtig ist, dass wir in Ostermundigen eine gute Schule haben. Die besten Schülerinnen und Schüler dürfen nicht nach Bolligen geschickt werden, das könnte als Misstrauensvotum unserer Schule gegenüber verstanden werden. Wir können eine Spez-Sek.-Klasse mit Mundiger Schülerinnen und -schüler füllen. Das Ganze ist kostenneutral und es werden keine zusätzlichen Lehrkräfte benötigt.

Renate Bolliger (EVP): Heute ist wieder das Thema "Schule" angesagt. Und heute Abend sind wieder 30 Fachpersonen, die wissen, was das Beste für die Schule ist, anwesend. Was ist denn das Beste für die Schule, die Schülerinnen und Schüler? Eine Mutter, die sich kürzlich erkundigt hat, denkt, dass das Beste für ihre jetzige 4-jährige Tochter ist, dass diese später einmal die Spez-Sek.-Klasse besuchen soll. Sie wollte wissen, ob es nun in Ostermundigen ein solches Angebot gibt oder nicht.

Die Aufgabe des Parlaments oder auch der Schulkommission ist, für die ganze Schule und möglichst viele Schülerinnen und Schüler das Beste zu wählen. Das heisst, dass eine Entscheidung vielleicht nicht für ganz alle die 100-prozentig Beste ist. Aber unsere Aufgabe ist es doch, alle Aspekte im Blick zu haben und für die grosse Mehrheit die beste Lösung zu finden.

Die EVP-Fraktion wird dem Antrag, eine eigene spezielle Sekundarklasse zu führen, nicht zustimmen. Wir möchten auch die Schülerinnen und Schüler nicht wieder nach Bolligen schicken. Wir sprechen uns für die Weiterführung der Mittelschulvorbereitung und dem MSV-Plus ohne eigenen und ohne auswärtigen speziellen Sekundarklassen aus. Die zwei Hauptgründe sind die folgenden:

- Die Integration der Schülerinnen und Schüler in Ostermundigen hat für uns einen höheren Stellenwert als die frühe Selektion. Ab diesem Sommer werden vermehrt auch Schülerinnen und Schüler aus Kleinklassen in die Regelklassen integriert. Das sind der politische Wille und die pädagogische Stossrichtung, welche wir in Ostermundigen umsetzen. Diese Stossrichtung ist Teil der Bildungsstrategie der Schule Ostermundigen. Dem gegenüber ist es quer, dass einige begabte Schülerinnen und Schüler nicht in die Regelklassen integriert, sondern separiert werden sollen. Einerseits integrieren, die andern separieren, das ist für uns ein Widerspruch.
- Eine frühe Dreifachselektion bringt mehr Druck in der 5. und 6. Klasse. Der Selektionsdruck ist schon jetzt für viele Schülerinnen und Schüler sehr gross. Nicht für die Hochbegabten, aber für viele andere ist der Erfolgsdruck eine grosse Belastung. Mit dem jetzigen System können wir dem etwas entgegenwirken. Viele Schulmodelle, auch in andern Vorzeigeländern, kommen ohne Selektion aus und haben auch sehr gute Erfolge damit. Auch die Stadt Bern hat keine speziellen Sekundarklassen.

Es hat sich ja auch gezeigt, dass die Schülerinnen und Schüler in Ostermundigen sehr gut auf das Gymnasium vorbereitet werden. Warum sollen sie dann nicht in den Regelklassen bleiben und dort ihr Können auch andern zugute lassen kommen? Für mich ist das Denken ein wenig

elitär, dass Hochbegabte nicht mit andern zusammen lernen sollen. Es braucht gewisse Anpassungen, welche aber durchaus machbar sind.

In den letzten Wochen ist ja wieder lobbied worden für die Interessen von Einzelnen. Da ist der offene Brief des Schulleiters von Bolligen, welcher für seine Klassen wirbt. Aber Bolligen kommt für uns wie gesagt nicht in Frage, da die Schülerinnen und Schüler die dort die Spez-Sek. besuchen, die Quarta nicht am Gymnasium machen werden. Das ist für die Gymnasien sowie nach meiner Meinung auch für die Schülerinnen und Schüler ein erklärter Nachteil. Und wenn dann schon mit Schülerzahlen lobbied wird, müssten wir doch zuerst schauen, dass nicht wir in Ostermundigen eine Klasse schliessen müssten, was durchaus der Fall werden könnte. Das hätte zum Beispiel auch ein Stellenabbau von Lehrern zur Folge.

Aber wie erwähnt, geht es uns als EVP-Fraktion in erster Linie um die pädagogischen Argumente.

Daher bitte ich den Rat, die Anträge des Gemeinderates zur Einführung einer speziellen Sekundarklasse mit uns abzulehnen. Jetzt ist noch Gelegenheit, die Handbremse zu ziehen, und beim Status quo zu bleiben.

Walter Bruderer (FORUM): Vor einem Monat war für mich als Mitglied der Kommission alles klar. In den letzten Wochen wurden wir noch mit verschiedenen Informationen torpediert, welche zu einer gewissen Unsicherheit in der ganzen Geschichte geführt haben. Nach der Lektüre von Ziffer 2.2 der Botschaft haben wir vom FORUM die folgenden Fragen bereitgestellt:

- Ist es von grosser Bedeutung für die Eltern und die Kinder, dass in Ostermundigen möglichst viele Sekundarklassen existieren?
- Warum messen die einen Schulsachverständigen der Existenz von „Spez-Sek.“ eine sehr grosse Bedeutung bei und andere - wie die in Ostermundigen - nicht?
- Warum kam der Gemeinderat 2007 zum Schluss, ein vollständiges Bildungsangebot in Ostermundigen sei von zentraler Bedeutung, obschon die Spez-Sek.-Klassen offensichtlich gar nicht dazu gehören?
- Genügt es denn nicht, wenn Ostermundiger Kinder nach Bolligen in die Schule gehen könnten? Der Weg zur Eisengasse ist nicht viel weiter als der frühere zum Rothus oder für die Rütianer nach Dennigkofen. Warum hat denn der Kanton überhaupt ermöglicht, auch Spez-Sek.-Klassen führen zu können?
- Warum sollen in einer Integrationsschule nur die Sek.-Schülerinnen und -Schüler eine Einheit bilden? Warum macht man sich keine analogen Sorgen um die früheren Kolleginnen und Kollegen aus der Realschulzeit?
- Nachdem der Wert von Spez-Sek. offensichtlich unterschiedlich beurteilt wird, sollte man den Eltern doch die Chance geben, ihre Kinder nach Bolligen in die Spez-Sek. zu schicken?

Unser Änderungsantrag weicht nur unwesentlich vom Änderungsantrag der SVP-Fraktion ab: *Der Gemeinderat ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, die spezielle Sekundarklasse in Bolligen zu besuchen.* Ich ziehe den vorbereiteten Änderungsantrag zurück.

Colette Nova (SP): Besten Dank an den Gemeinderat für die kurze, prägnante Vorlage sowie die Zusatzinformationen, die wir erhalten haben. Die SP/Grüne-Fraktion hat sich im März teilweise für die Beibehaltung des Status quo (MSV in Ostermundigen) und teilweise für die überparteiliche Motion ausgesprochen. Einige von uns, darunter auch ich, haben damals diese Motion unterschrieben.

Auch jetzt ist meine Fraktion wieder geteilt. Ein Teil befürwortet den Antrag des Gemeinderates, die Spez-Sek. in Ostermundigen einzuführen, ein Teil zieht den Status quo vor. Beide Gruppen haben gute Argumente für sich, denn die beiden Organisationsformen sind qualitativ gleichwertig. Ausschlaggebend für die Befürworter des Status quo ist die Tatsache, dass der Selektionsdruck auf die Schülerinnen und Schüler geringer ist.

Die ganze Fraktion will aber klar: Wenn überhaupt eine Spez-Sek, dann eine Spez-Sek. in Ostermundigen, nicht aber in Bolligen. Wenn wir die Spez-Sek. im Wohnort, hier in Ostermundigen, haben können, wäre es einfach absurd, die Schülerinnen und Schüler in eine Nachbargemeinde zu schicken.

Warum kompliziert, wenn man es einfach haben kann? Warum den Schülerinnen und Schülern längere Schulwege zumuten, wenn es auch mit kürzeren geht? Und das alles bei gleicher Qualität? Und zudem ohne Zusatzkosten, während uns die Spez-Sek. in Bolligen Zusatzkosten (von Fr. 50'000.-- bis Fr. 60'000.--) verursachen würde, die sich Ostermundigen bei der prekären Finanzlage nicht leisten kann? Und erst noch, ohne Klassen schliessen zu müssen, während bei der Lösung mit Bolligen Klassen in Ostermundigen geschlossen werden müssten und die Schülerinnen- und Schülerzahl in der 7. Klasse einsteigen würde?

Wir sehen kein Misstrauen unserer Schule gegenüber, und wir wollen auch kein Misstrauensvotum unseren Lehrerinnen und Lehrern gegenüber aussprechen. Ob wir genügend Schülerinnen und Schüler in Ostermundigen haben, ist keine Glaubensfrage. Aus all diesen Gründen lehnen wir auch den Änderungsantrag Nr. 1 der SVP-Fraktion ab.

Die Briefe, die wir GGR-Mitglieder auch diesmal erhalten haben, haben uns aber wütend gemacht. Die Absicht der Motionärinnen und Motionäre ist es, den Schülerinnen und Schülern eine neue oder bisherige Möglichkeit einer Spez-Sek. zu bieten. Dies kann für die Eltern aber auch als Standortfaktor wichtig sein. Mit dem Erhalt des zweiten Briefes sind mir die "Schuppen von den Augen gefallen": Hier wird offensichtlich eine Kampagne geführt, bei der es gar nicht um die Schülerinnen und Schüler geht. Sondern es geht einzig und allein darum, die Schule Eisengasse in Bolligen besser zu füllen. Als GGR-Mitglieder fühlen wir uns manipuliert und instrumentalisiert. Ich als Unterzeichnerin der damaligen Motion fühle mich erst recht missbraucht. Wir sind nicht dafür da, die strukturellen Probleme des OZ Eisengasse zu lösen - und dabei erst noch schlechter zu fahren, als wenn wir die Spez-Sek. in Ostermundigen durchführen.

Deshalb: Wenn Spez-Sek., dann in Ostermundigen. Und nur bis zur 8. Klasse, damit die Schülerinnen und Schüler die Quarta im Gymnasium machen können.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich habe noch eine Frage an Renate Bolliger: Hat die EVP-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt? Es liegt kein schriftlicher Antrag vor. Ihr könnt euch die Sache noch überlegen.

Peter Wegmann (FDP): Dieses vorliegende Geschäft offenbart für die FDP-Fraktion einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits vermittelt die nun vorliegende Botschaft vorweg klare Begründungen zur eigenständig vorausgegangenen Handlung von der Exekutive. Nämlich die ersatzlos vollzogene Auflösung des bisherigen Zusammenarbeitsvertrages mit der Gemeinde Bolligen. Und andererseits betrachten wir diese Motion als damit nur zum Teil erfüllt. Als nur zum Teil erfüllt insofern, als der am 25. März in diesem Jahr abgeändert überwiesene Motionstext bekanntlich die Vorlage von erarbeiteten „Modellen“ (spricht Mehrzahl) beinhaltet. Was uns nunmehr vorliegt, bewertet sich aber lediglich als EIN Grundsatzentscheid:

- Nämlich entweder eine Ablehnung dieser Botschaft. Was den Beibehalt des für unsere Gemeinde aktuell vorliegenden „Status quo“ nach „MSV plus“ bedeuten würde. Zumal für unsere Begriffe - obwohl sehr nachhaltig und profund dargelegt - die dazu nun vorgelegten Ausführungen vom Gemeinderat eigentlich lediglich als Rechtfertigungen zur eigenmächtig vorausgegangenen Vertragsauflösung wahrgenommen werden können.
- Oder eben - wie gemäss Beschluss dargelegt - ab 2011, 2012 bzw. 2013 die Einführungen von je einer Sekundarklasse per 7. und 8. Schuljahr als „Spezielle Sekundarklasse“.

Trotzdem: Positiv ist für uns zumindest der Sachverhalt, dass nun nicht mehr wie vorausgegangen der Gemeinderat alleine, sondern nun auch das Parlament mitreden kann und letzten Endes zur Entscheidung befugt wird. Schade ist nur, dass dies erst nach einem politisch massiven Vorgehen möglich geworden ist. Zumal es nach unserer Auffassung - und dies im Hinblick einer föderativen Entwicklung unserer Gemeinde - klar zur Pflicht gehört, begabten Schülerinnen und Schülern beste Voraussetzungen anzubieten. Was nun zweifelsohne - und dies nicht zuletzt auch aus sinnvoll angebrachten „Image-Perspektiven“ - wirksam umgesetzt werden kann.

Die Fraktion der FDP favorisiert darum diesen vorliegenden Beschluss. Allerdings offenbaren sich dabei auch etwelche ungelöste Kriterien:

- Was passiert, wenn nun bei der Einführung dieser eigenständigen Spez.-Sek.-Schulklassen die vom Kanton vorgegebenen Limiten - die Mindestanzahl von Schulabsolventen - nicht erfüllt werden kann?
- Was könnte ein solches Szenario in Bezug auf die finanziell entlastenden Kantonsbeiträge bewirken?
- Was passiert ausserdem für die betreffenden Absolventen im 9. Schuljahr? Wird der Besuch einer gymnasialen Quarta nur auswärtig - verbunden mit entsprechenden Eigenfinanzierungen - möglich sein?

All dies kann wohl nicht wirklich sein.

Wie in letzten Endes allen Bereichen, generieren regionale Zusammenarbeitsszenarien sowohl in Bezug auf bedarfsgerechte Dienstleistungen, Kostenbewusstsein und Effizienz. Ergo bedarf es nicht lediglich der Umsetzung der vorliegenden Botschaft. Sondern ebenso einer diesbe-

züglichen Ergänzung. Nämlich dem Sachverhalt, dass ebenso Optionen für zukünftiges Zusammenwirken mit anderen Gemeinden gewahrt werden müssen bzw. weiterhin angestrebt wird.

Die FDP-Fraktion wird daher nun einen **Änderungsantrag Nr. 2** stellen, welcher wie folgt lautet:

Neu als Position 3:

Sofern für Schülerinnen und Schülern aus Ostermundigen ab dem 7. bis zum 9. Schuljahr bedingt durch besondere Obliegenheiten kein bedarfsgerechter Besuch von solchen „speziellen Sekundarklassen“ gewährt werden kann, wird dies mittels Zusammenwirken mit anderen Gemeinden nachvollzogen.

Die bisherige Position 3 verbleibt unverändert neu als Position 4.

Was ist der Sinn der ganzen Sache: Wir wollen das "5i u ds Weggli"!

Rudolf Mahler (SP): Colette Nova hat bereits erwähnt, dass wir in unserer Fraktion eine geteilte Meinung haben. Mir geht es genau so, wie Renate Bolliger in ihrem Plädoyer erwähnt hat. Es ist erwiesen, dass Schülerinnen und Schüler via MSVplus oder Spez-Sek. die gleichen Voraussetzungen für das Gymnasium haben. Wieso wollen wir zum Teufel trotzdem eine Spez-Sek. in Ostermundigen einführen? Geht es primär um Imagegrundsätze, Standortvorteile etc.. Ist das zum heutigen Zeitpunkt ein Verkaufsargument? Ich bin nicht dieser Meinung.

Wenn es nicht diese sind, sind wieder vermehrt die pädagogischen Sachen in den Vordergrund zu stellen. Es dürfen nicht die Schülerinnen und Schüler gequält werden, damit wir eine Spez-Sek.-Klasse bilden können. Ich bin für den Status quo resp. die Variante "MSVplus". Eine Spez-Sek. in Bolligen kommt für mich überhaupt nicht in Frage.

Rahel Wagner (EVP): Hat aufgrund der den GGR-Mitgliedern zugestellten Briefe von Eltern und dem Oberstufenzentrum Bolligen den Eindruck, dass eine Spez-Sek. in Ostermundigen nicht erwünscht ist. Die Eltern werden immer noch die Meinung vertreten, dass ihre Kinder hier nicht so gut geschult werden wie in der Spez-Sek. Bolligen. Das Angebot einer Spez-Sek. in Ostermundigen ist deshalb fragwürdig. Entweder macht die Gemeinde mit Bolligen einen Vertrag oder man bietet in Ostermundigen weiterhin „nur“ die MSVplus an.

Departementsvorsteher BKS Thomas Iten (SP): Ich möchte zu den Fragen wie folgt Stellung nehmen:

① Votum Erich Blaser:

Im GGR-Protokoll vom 25. März 2010 kann nachgelesen werden: Der Vertreter der SVP hat erwähnt, dass wenn das Potenzial vorhanden ist, wir am Standort Ostermundigen festhalten werden. Am besten kann in der Beilage zur Botschaft der Sachverhalt über die Schülerzahlen nachgelesen werden. Zwischen den Schuljahren 2003/2004 bis 2007/2008 wurden die Zahlen evaluiert. Die Erfolgsquote der Tertia über den Ostermundiger Weg resp. den Bolliger Weg sieht folgendermassen aus:

- In der 5 jährigen Phase sind 47 Schülerinnen und Schüler den Bolliger und 52 Schülerinnen und Schülern den Ostermundiger Weg gegangen. Das zeigt klar auf, dass das Potenzial für das Führen einer Spez-Sek.-Klasse vorhanden ist. Dieses Votum hat die SVP bereits an der GGR-Sitzung vom 25. März 2010 abgegeben.
- Die Erfolgsquote zeigt, dass von den 52 Schülerinnen und Schülern 43 erfolgreich in die Tertia promoviert haben - das sind 83 %. Die Spez-Sek.-Schülerinnen und -Schüler können eine Erfolgsquote von 87 % ausweisen. In beiden Modellen gibt es Schülerinnen und Schüler, die ausscheiden und in die Berufswelt oder andere Schulen übertreten. Qualitativ sind wir 100 % in der Lage, das entsprechende Forum umzusetzen.
- ① Die Frage "Erziehungsberatung" habe ich nicht verstanden. Die Erziehungsberatung hat keinen Einfluss auf die Sek.-Stufe 1.
- ① Kosten: Nach altem Vertrag sind ca. Fr. 50'000.-- bis Fr. 60'000.-- notwendig. Das Ostermundigenmodell ist kostenneutral.

- ① Die Klassenkonstellationen (Soll-/Ist) habe ich eingangs vorgestellt.

Eine Lösung zusammen mit einer Nachbargemeinde würde die folgende Situation ergeben: Mösli unverändert, d. h. 7., 8., 9. Sekundarklasse und 7., 8., 9. Realklasse. Dennigkofen: 7., 8. und 9. Sekundarklasse und zweimal 7., 8. und 9. Realklasse. Das bedeutet, dass mindestens 3 Klassen in Ostermundigen geschlossen werden müssen. Hier geht es nicht um den Lehrerberuf. Wenn wir eine halbe Klasse schliessen müssen, gehen wir das Risiko ein, dass wir mit den verbleibenden Schülerinnen und Schüler grössere Klassen bilden müssen. Vor allem die Sek.-Klassen werden grösser. Tendenziell haben mehr Köpfe in einem Klassenzimmer Auswirkungen auf die Qualität.

Momentan haben wir eine grosszügige und flexible Handhabung mit dem freiwilligen Angebot. Jede Klasse, jede Schülerin und jeden Schüler, welchen wir nicht haben, schränkt diese Flexibilität ein. Die heutige Qualität sollte aufrecht erhalten bleiben.

- ① Klassen- resp. Stellenabbau ist nicht einfach. In den letzten fünf Jahren mussten x-Klassen geschlossen werden.

- ① Walter Bruderer - Änderungen 2007:

Wieso gibt es Spez-Sek.-Klassen? Es ist in erster Linie ein Aufrechterhalten des Zustandes von 1995 mit dem Schulwechselmodell (4/5 zu 6/3). Im alten Schulmodell wurde noch das Untergymnasium geführt. Die Spez-Sek. ist eine andere Organisation der heutigen Sekundarklasse. Im Moment sind der Gymnasialunterricht und die Spez-Sek.-Klassen ein grosses Thema in den Medien, vor allem im Bereich von GU 9. Das ist ein weiterer Punkt, wo der Gemeinderat der Auffassung ist, dass die Schülerinnen und Schüler von Ostermundigen in die Quarta geführt werden sollten. Heute hat der Kanton eine entsprechende Medienorientierung zur Überprüfung des GU 9 durchgeführt. Alle kommen zum selben Schluss: Der GU 9 hat seine Berechtigung aber qualitativ müssen die Schülerinnen und Schüler Nachteile in Kauf nehmen. Ich will damit nicht die Qualität des Oberstufenzentrums Eisengasse in Frage stellen. Der Gemeinderat ist der Auffassung, da der Kanton Bern in der ganzen Schweiz die kürzesten Gymnasiumzeiten ausweist, dass der Wechsel aus der normalen Volksschule in die Quarta anzustreben sei.

① Wie sieht die Integration Real-/Sekundar-/Spez-Sek.-Klassen aus?

In der Spez-Sek.. gibt es keine Durchmischung der Schülerinnen und Schüler. Alle fangen bei Null an.

① Votum von Peter Wegmann:

Es ist immer schön „das 5i und das Weggli“ zu haben. Beide Varianten (Bolligen und Ostermundigen) zu haben, ist schulorganisatorisch nicht möglich. Der gemeinderätliche Antrag sollte zur Anwendung kommen. Wenn wir eine Spez-Sek.-Klasse einführen, dann soll dies in Ostermundigen geschehen.

① Finanzierung Quarta:

Die Quarta ist nicht kostenpflichtig.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich möchte noch ein persönliches Votum abgeben. Die Frage "Spez-Sek." ist eine pädagogische Glaubensfrage. Was steht im Zentrum? Das Wohl der Schülerinnen und Schüler. Aus der Sicht der Eltern ist es eine optimale Lösung für ihre "Genies". Es gibt eine Minderheit von Eltern, welche überzeugt sind, dass ihre Kinder via Spez-Sek. besser für die gymnasiale und universitäre Laufbahn vorbereitet sind. Eine Minderheit ist der Auffassung, dass der Weg in Bolligen besser ist als in Ostermundigen. In Bolligen sind gymnasiale Lehrkräfte am Werk und alle Voraussetzungen für den Besuch einer Spez-Sek.-Klasse sind bereits vorhanden. Ich persönlich bin der Auffassung, wenn schon Spez-Sek. dann in Ostermundigen. Aber im Sinne eines Kompromisses für die Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sollte die Möglichkeit geschaffen werden - wenn in Ostermundigen keine Spez-Sek. angeboten wird - eine solche in einer Nachbargemeinde besuchen zu können. Die Finanzierung übernimmt jedoch nicht die Gemeinde.

Heinz Gfeller (FDP): Ich kann ein hin und her in der Diskussion feststellen. Sicher ist, dass nach Beendigung der Tertia sowohl die Genies wie die Gymnasiasten wieder gleich weit sind. Die Motion wurde überwiesen. Als Vater kann ich sagen, dass der Ostermundiger Weg ein guter Weg ist. Meine zwei Kinder durften diese Erfahrungen machen. Wir waren alle zufrieden. Die Integration der Spez-Sek.-Schülerinnen und -Schüler hatte zu gewisser Unruhe geführt.

Jetzt bin ich ein wenig im Clinch. Doch als FDP-Mitglied unterstütze ich den Änderungsantrag von Peter Wegmann. Das kleine Misstrauensvotum der Schulleitung Ostermundigen gegenüber nehme ich in Kauf. Wenn das eintritt, dann ist der gemeinderätliche Antrag der Wesentliche.

Bruno Hirt (Grüne): Wir von den Grünen können dem Votum von Renate Bolliger gut folgen. Zwei Ergänzungen möchte ich noch anbringen:

- Vermutlich müssen Klassen geschlossen werden. Jetzt werden für viel Geld die Schulanlagen renoviert und nun sollen Klassen geschlossen werden. Was für Argumente gibt es dafür?

- Es ist eine Zwängerei von einigen Partikulärinteressen, dass Schulen ausserhalb der Gemeinde Ostermundigen besser sind. Diesem Misstrauen sollte nicht nachgegeben werden.

Wir von den Grünen unterstützen den Status quo und lehnen den gemeinderätlichen Antrag ab.

Bruno Grossniklaus (SP): Ich habe ein Geständnis abzulegen. Ich bin ein statistischer Ausreisser, denn ich gehöre zu den Jungen im Kanton Bern, welche erst mit gewisser Verspätung die Notwendigkeit einer guten Bildung erkannt hat. So hole ich nun meine Matura am Gymnasium Neufeld nach. Dies ist hier von Belang, da ich dort im Vorstand der Schülerorganisation tätig bin. Wir führen jedes Jahr Gespräche mit den Neulingen durch, die frisch in die Quarta oder Tertia zu uns kommen. Darunter finden sich auch ehemalige Spez-Sek.-Schülerinnen und -Schüler. Von diesen Ehemaligen bekommen wir überwiegend die Aussage, dass sie einzig in die Spez-Sek. gegangen sind, weil ihre Eltern sie dazu gedrängt hätten.

Ebenso verwundert mich die Haltung der SVP-Fraktion, welche sich doch stets konservativ und bewahrend gibt. Mit dem "MSVplus"-System haben wir eine qualitativ gleichwertige Variante. Warum sollten wir also umstellen? Wir haben heute schon gehört, wenn es um die Schule geht, hat es hier im Saal viele Expertinnen und Experten, aber die einzigen Experten aus meiner Sicht sind die Schulleitungen. Die Schulleitungen jedoch, dies ist unter dem Punkt 2.3.3 nachzulesen, vertreten klar die Meinung, dass aus pädagogischen Gründen das Prinzip "MSVplus" beizubehalten sei.

Jacques Biner (SP): Ich möchte noch auf das Votum der SVP-Fraktion zu sprechen kommen. Sie ist enttäuscht, dass der Gemeinderat im Antrag keine Vergleichslösung darlegt. Sie stützen sich auf den Entscheid vom 25. März 2010, welcher die Prüfung der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden verlangt. Jetzt kommt die SVP-Fraktion mit einem Änderungsantrag Nr. 1 und spricht nicht mehr von den Nachbargemeinden, sondern nur noch von Bolligen. Ich finde das Vorgehen komisch: Jetzt werden zwei Sachen verglichen, welche nicht vergleichbar sind. Es sollte keine Gemeinde genannt werden, wenn das System der 7. und 8. Klasse gewünscht wird und Bolligen das Dreiklassensystem (7., 8. und 9. Schuljahr) anbietet. Vielleicht sollte die Frage vorher gestellt werden und es ist nicht die Aufgabe des Parlamentes, eine bestimmte Gemeinde zu bezeichnen. Entscheidend ist, welches System wir anbieten wollen.

Von seitens Bolligen wurde gewisser Druck auf uns Parlamentsmitglieder ausgeübt und schon kommt das Gefühl auf, dass die Nachbargemeinde Bolligen berücksichtigt werden sollte. Ob es letztendlich Bolligen oder eine andere Nachbargemeinde ist, ist bestimmt nicht relevant für das Parlament.

Ich persönlich werde "MSVplus" unterstützen.

Departementsvorsteher BKS Thomas Iten (SP): Meine Antworten zu den Fragen:

- ① Zum Votum von Ernst Hirsiger (SVP):

Für den Besuch von öffentlichen Schulen in Nachbargemeinde darf kein Schulgeld eingefordert werden (gemäss Volksschulgesetz). Die Volksschule ist kostenlos. Das Volksschulgesetz

bestimmt, dass die Volksschule am Wohnort besucht werden muss. Alles andere sind private Lösungen und sind ausserhalb des Volksschulgesetzes geregelt.

① Zum Votum von Heinz Gfeller (FDP):

Der Mittelschulbericht ist deinem Hinweis nachgegangen. Der Übertritt in die Tertia wurde untersucht. Der Mittelschulbericht sagt aus, dass Schülerinnen und Schüler, die erst in die Tertia einsteigen, oftmals den längeren Promotionsweg durchlaufen und mit grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das ist keine Erfindung von mir, sondern kann so im Mittelschulbericht nachgelesen werden.

① Zum von Jacques Biner (SP) angesprochenen Thema "Nachbargemeinden ja/nein":

Der Blick in die Region zeigt, dass die Mehrheit der Gemeinden, welche die Spez-Sek.-Klassen anbieten (z. B. Köniz, Münchenbuchsee), mit den 7. und 8. Klassen und anschliessend Gymer-Übertritt fahren.

① Zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion:

Der Gemeinderat ist für den Schulstandort Ostermundigen und nicht für das abschliessen von Verträgen mit Nachbargemeinden. Das Angebot können und wollen wir selber anbieten.

① Zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Es ist immer schwierig, dass "5i u ds Weggli" zu haben. Schulorganisatorisch ist es zu schwierig, einmal eine Spez-Sek. in Ostermundigen und einmal eine Spez-Sek. in Bolligen anzubieten. Es ist uns ein Anliegen, Ruhe in die ganze Angelegenheit zu bringen. Nicht Ruhe in die Schulorganisation (viele Reformen stehen an), denn da wird es unumgängliche Veränderungen geben.

Beat Leumann (FDP): Auch ich habe ein Schreiben des Bolliger Schulleiters erhalten. Ich möchte zwei Fragen geklärt haben:

- Bolligen erwähnt, dass Ostermundigen die Möglichkeit hat, eine 7. und 8. Spez-Sek.-Klasse zu führen, doch der gymnasiale Unterricht der 9. Klasse findet anschliessend in Bern und nicht in Ostermundigen statt. In Bolligen besteht die Möglichkeit, alle drei Klassen zu besuchen.
- Nach dem heutigen Informationsstand wird dieses Angebot auch nach REVOS 2012 bestehen bleiben.

Departementsvorsteher BKS Thomas Iten (SP): Meine Antworten:

1. Das Erste betrifft den sogenannten GU 9-Unterricht, welcher im Zusammenhang mit der Tertia steht, d. h. Bolligen bietet das erste Gymnasialjahr in Bolligen an. Das bestehende Ostermundiger Modell sieht den gymnasialen Unterricht nach der 8. Klasse in der Stadt Bern (Kirchenfeld, Neufeld, Hofwil) vor. Wie der Mittelschulbericht festhält, ist dieses Vorgehen bei der Klassengestaltung Tertia/Quarta nicht optimal.

2. Ich habe die heutige Medienmitteilung erhalten, jedoch noch nicht genau studieren können. In dieser wird erwähnt: ...*Von Januar bis Juni 2011 führt die Erziehungsdirektion zusammen mit den Schulleitern und den Gemeindebehörden eine sogenannte Gruppendiskussion durch. Ziel ist es, bis im Sommer 2011 die notwendigen Informationen zu sammeln um eine mehrheitsfähige und finanziell realisierbare Lösung GU 9 anbieten zu können...*

Der Informationsstand des Briefes des Schulleiters von Bolligen und der Stand heute zeigt mir, dass alles schon gelaufen ist, egal in welche Richtung es letztendlich geht. Der GU 9-Unterricht ist nicht gesichert.

Peter Wegmann (FDP): Der Ergänzungsantrag resp. Änderungsantrag Nr. 3 ist richtig zu lesen. Darin wird nicht erwähnt, dass Verträge abgeschlossen werden sollen. Es geht darum, dass richtig kanalisiert wird. Er soll kein Misstrauensantrag sein. Er soll sicherstellen, dass begabte Schülerinnen und Schüler aus Ostermundigen vom Spez-Sek.-Angebot profitieren können und das ohne finanzielle Abfolge.

Ein kurzer Link an Jacques Biner (SP): Es geht nicht um eine pädagogische Grundsatzfrage, sondern es ist eine Grundsatzfrage des Systems. Gesamtschweizerisch kennen wir den Kantönlicheist und den Gemeindegeist - jede Gemeinde kennt ein anderes Schulsystem. Was unternimmt der Kanton in dieser Angelegenheit?

Eduard Rippstein (CVP): Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass nach dem Verlesen sämtlicher Änderungsanträge ein 10 minütige Sitzungsunterbruch vorgenommen wird. Wir können uns in dieser Zeit überlegen, was wir abstimmen wollen.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Das Parlament hat über diesen Ordnungsantrag abzustimmen.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

Ratspräsidentin Müller Lucia (SVP): Ich lese nochmals die eingereichten Änderungsanträge Nr. 1, 2 und 3 vor. Der **Änderungsantrag Nr. 1** von Erich Blaser (SVP) lautet:

Punkt 1 bleibt unverändert.

Punkt 2 neu: Ab Schuljahr 2011/2012 (7. Schuljahr) resp. 2012/2013 (8. Schuljahr) muss den Schülerinnen und Schülern von Ostermundigen den Zugang zu speziellen Sekundarklassen im OZE Bolligen ermöglicht werden.

Punkt 3 bleibt unverändert.

Diesem Änderungsantrag Nr. 1 wird der Änderungsantrag Nr. 2 von Renate Bolliger (EVP) gegenüber gestellt. Der **Änderungsantrag Nr. 2** lautet:

Punkt 2 wird gestrichen. Auf die Führung einer "Speziellen Sekundarklasse" wird verzichtet.

Der Sieger dieser Abstimmung wird dem Änderungsantrag Nr. 3 von Peter Wegmann (FDP) gegenüber gestellt. Der **Änderungsantrag Nr. 3** lautet:

Neue Ziffer 3: Sofern für Schülerinnen und Schülern aus Ostermundigen ab dem 7. bis zum 9. Schuljahr bedingt durch besondere Obliegenheiten kein bedarfsgerechter Besuch von solchen „Speziellen Sekundarklassen“ gewährt werden kann, wird dies mittels Zusammenwirken mit anderen Gemeinden nachvollzogen.

Die Ziffern 1 und 2 bleiben unverändert.

Der Sieger dieser Abstimmung wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenüber gestellt. Die Ziffer 2 lautet:

Ab Schuljahr 2011/12 (7. Schuljahr) resp. 2012/13 (8. Schuljahr) wird an der Schule Ostermundigen je eine Sekundarklasse am 7. und 8. Schuljahr als "Spezielle Sekundarklasse" geführt.

- - - - - **5 minütige Pause** - - - - -

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Das Prozedere wirft noch einige Fragen auf. Den Änderungsantrag von Peter Wegmann (FDP) können wir nicht gleich behandeln wie ein gewöhnlicher Änderungsantrag. Hier handelt es sich um einen Erweiterungsantrag des gemeinderätlichen Antrags. Aus diesem Grund muss das Abstimmungsverfahren geändert werden. Das Abstimmungsverfahren sieht neu wie folgt aus:

1. Änderungsantrag Nr. 1 (SVP) gegen Änderungsantrag Nr. 2 (EVP);
2. Der obsiegere gegen den gemeinderätlichen Antrag;
3. Separate Abstimmung zum Änderungsantrag Nr. 3 (FDP) als zusätzliche Beschlussesziffer.
4. Schlussabstimmung.

Ist der Rat mit dem Vorgehen einverstanden, als dann können wir mit dem Abstimmungsverfahren beginnen.

A b s t i m m u n g :

1. Der Änderungsantrag Nr. 1 (SVP) wird dem Änderungsantrag Nr. 2 (EVP) gegenüber gestellt

Resultat: Der Änderungsantrag Nr. 2 (EVP) obsiegt mit 15 Stimmen (Nr. 1 = 11 Stimmen)

2. Der Änderungsantrag Nr. 2 (EVP) wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenüber gestellt.

Resultat: Der gemeinderätliche Antrag obsiegt mit 17 Stimmen (Nr. 2 = 11 Stimmen)

3. Über den Änderungsantrag Nr. 3 (FDP), welcher eine zusätzliche Beschlussesziffer 3 vorsieht, hat das Parlament abzustimmen.

Resultat: Der Änderungsantrag Nr. 3 von Peter Wegmann (FDP) wird mit 16 zu 12 Stimmen angenommen.

Der GGR fasst mit 19 zu 8 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Von der Berichterstattung zur Überparteilichen Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule wird Kenntnis genommen.
2. Ab Schuljahr 2011/2012 (7. Schuljahr) resp. 2012/2013 (8. Schuljahr) wird an der Schule Ostermundigen je eine Sekundarklasse am 7. und 8. Schuljahr als „Spezielle Sekundarklasse“ geführt.
3. Sofern für Schülerinnen und Schüler aus Ostermundigen ab dem 7. bis zum 9. Schuljahr bedingt durch besondere Obliegenheiten kein bedarfsgerechter Besuch von solchen „Speziellen Sekundarklassen“ gewährt werden kann, wird dies mittels Zusammenwirken mit anderen Gemeinden nachvollzogen.
4. Die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

Departementsvorsteher BKS Thomas Iten (SP): Im Namen der Schule Ostermundigen möchte ich mich beim Parlament für den Schulstandort Ostermundigen bedanken. Es ist ein Motivationsschub, ein weiteres gutes und qualitatives Schulangebot bereit zu stellen.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich möchte den anwesenden Schülerinnen und Schülern den besten Dank für das Ausharren aussprechen. Das wichtige Thema "Schule" hat einen grossen Stellenwert in der Gemeindepolitik.

2)

----- viertelstündige Pause -----

2) 20.25 Uhr: Christian Zeyer (SP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 31 Mitglieder anwesend.

30.4.83 Freibad

47. Sanierung Freibad; Kreditbewilligung für Restaurant, Eingangsbereich und Projekt "Schwimmbecken"

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

2. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Letzte Woche haben drei Teilnehmer anlässlich des Parlamentarierausfluges gemeint, es könnte noch eine neue, überparteiliche Fraktion geben:

Die Motorradfraktion - vier Mitglieder wären ihr auf Sicher. Nein, Spass beiseite: Vielen Dank an Lucia und Mithelfer für den gelungenen Anlass.

Jetzt wird's ernst! Dass die Gemeinde Ostermundigen ein schönes, gepflegtes Freibad hat, ist schön, trotz des Defizits von nicht ganz Fr. 650'000.--. In nächster Zeit warten happige Summen auf uns. Im Zyklus von ca. 25 Jahren muss mit grösseren Sanierungskosten gerechnet werden. Nach der Erstellung des Beachvolleyballfeldes können wir nicht den Antrag auf Schliessung des Freibades stellen. Zu drei Punkten möchte ich noch folgendes erwähnen:

① Punkt 1 / Freibad-Restaurant

Wir unterstützen die Variante "Mini" mit einem Betrag von Fr. 440'000.--.

Die Variante Midi (Variante 2) ist für uns Wunschbedarf; sie kann später einmal - bei hoffentlich besserer Finanzlage - realisiert werden. Ich bin überzeugt, dass - sofern notwendig - die sinnvolle Wärmerückgewinnung für einen späteren Ausbau ohne grosse Kosten vorbereitet werden kann.

Ist es wirklich notwendig, Getränke- und Imbissautomaten zu installieren? Wenn das Restaurant geschlossen bleibt, werden vermutlich auch sehr wenige Badegäste im Bad verbleiben.

① Punkt 2 / Sanierung Eingangsbereich

Hier haben wir eine klare Haltung! Der arbeitsrechtlichen und arbeitsdynamisch notwendigen Sanierung der Personalräumlichkeiten im Betrage von Fr. 450'000.-- stimmen wir notgedrungen zu. Ob eine Heizung für die Personalräume notwendig ist, wage ich zu bezweifeln. Dazu stellen wir den **Änderungsantrag Nr. 1:**

Die Sanierung des Kassen- / Eingangsbereichs ist bis auf weiteres zurückzustellen.

Begründung:

Es muss ein Vergleich vorliegen, bei welchem die Eintrittsgelder (im 2009 ca. Fr. 183'500.--) in Bezug auf die Personalkosten inkl. Nebenkosten für die Kassentätigkeiten gegenüber stehen. Aufgrund dieser Zahlen kann festgestellt werden, ob die Einnahmen zumindest die Personalkosten für das Kassenpersonal decken und ob es sich lohnt, eine hohe Summe in ein Kassensystem und die Sanierung des Eingangsbereichs zu stecken. Mit der vorläufigen Sistierung der Sanierung des Eingangs-/Kassenbereichs ist meines Erachtens nichts verloren.

① Punkt 3 / Projektierungskredit über Fr. 270'000.-- für die Sanierung der Schwimmbecken / Zuleitungen

Als ich die Zahl von Fr. 270'000.-- las, dachte ich; da wird geplant, geplant und nochmals geplant. Die Abklärungen mit Herrn Hebeisen ergaben, dass in diesem Betrag drei Varianten mit den entsprechenden Kosten dem Parlament vorgelegt werden. Dennoch; Fr. 270'000.-- geteilt durch durchschnittlich Fr. 150.-- Stundenansatz = Fr. 1'800.-- Stunden = 42 Wochen Platz für eine Person!

Damit die Gemeinde Ostermundigen attraktiv bleibt, ist ein schönes Freibad sicher von Vorteil. Es muss aber alles unternommen werden, damit das Defizit nicht noch mehr ansteigt.

Und zum Schluss noch eine Bitte an den/die Verfasser des Antrages: Bitte nicht mit Details „geizen“, Informationen finden wir alle wichtig!

Die FDP-Fraktion ist für die Variante "Mini"; der Rest ist Wunschbedarf. Das Freibaddefizit von Fr. 600'000.-- darf nicht zunehmen.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion hat sich schwer getan mit diesem Geschäft. Einerseits sind wir der Meinung, dass Ostermundigen das Freibad auf keinen Fall aufgeben darf, andererseits sehen wir die finanziellen Probleme der Gemeinde in den nächsten Jahren klar auf uns zukommen. Das löst die Frage aus, was können wir verantworten und wo liegt die Grenze des Machbaren. In diesem Sinne haben wir Prioritäten gesetzt. Der Gemeinderat hat die Kosten klar auf die verschiedenen Sanierungsbereiche aufgeteilt. So ist es möglich, diese Prioritäten zu setzen.

- a. Als Erstes betrachten wir den Umbau und die Sanierung des Restaurants. Hier kann die EVP der beantragten Variante 2 nicht zustimmen. Sie spricht sich für die Variante 1 „Mini“ aus, das heisst, es wird nur rund die Hälfte der in Variante 2 angegebenen Kosten beansprucht, also Fr. 440'000.-- statt Fr. 870'000.--. Die Sanierung des Kundenbereichs kann auch zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden. Das heisst, sie ist nicht dringend. Als negativ bei dieser Variante ist zu nennen, dass es - laut Auskunft des Abteilungsleiters Hochbau - nicht möglich ist, die Kühlgeräte an der Wärmerückgewinnung anzuschliessen. Hier sind wir der Meinung, dass es möglich sein sollte, solche Kühlgeräte anzuschaffen, bei denen später ein Anschluss immer noch realisierbar ist.
- b. Als absoluten Wunschbedarf erachten wir die Sanierung des Eingangsbereichs im Betrage von Fr. 620'000.--. Der Betrieb des Bades ist durch eine Aufschiebung des Projekts nicht gefährdet, was für die EVP massgebend ist. Wir setzen ein ernstes Fragezeichen hinter die besondere Anmerkung in der Botschaft, dass eine Nichtgenehmigung des Ausführungskredits eine Sicherstellung des Kassenbetriebs gefährden soll. Zudem sieht der Umbau einen Standard vor, welchen wir als Luxus bezeichnen.
- c. Die EVP wird dem Projektierungskredit von Fr. 270'000.-- für die Sanierung der Schwimmbecken zustimmen, da eine Sanierung für den weiteren Betrieb des Freibades unabdingbar ist. Unsere Fraktion erwartet aber vom Gemeinderat, dass er dem GGR verschiedene Varianten vorlegt.

Was uns Unbehagen bereitet, ist die Art des Vorgehens sowie die bereits erfolgte Erweiterung der Liegewiese mit Beachvolleyfeldern. Im Grunde genommen haben wir keine Wahl, wenn es um den weiteren Betrieb des Freibades geht. Zuviel wurde bereits investiert, als dass

das Bad geschlossen werden könnte. Man kann sich fragen, ob es im vorliegenden Fall nicht richtiger gewesen wäre, dem GGR einen Gesamtkredit über alle Kosten vorzulegen und diesen dann der Volksabstimmung zuzuführen. Sollte die Sanierung der Becken über 2,5 Millionen Franken kosten, wäre eine Volksabstimmung ohnehin nötig. Die EVP glaubt aber nicht daran, dass die Bevölkerung von Ostermundigen eine Schliessung des Bades riskieren und die Sanierung abschmettern würde. Deshalb ist für uns das Vorgehen des Gemeinderates nachvollziehbar. So ist es dem GGR möglich, Wunschbedarf und Notwendiges voneinander zu trennen. Je nach Kosten der Beckensanierung - es wird in der Botschaft von 2 bis 4 1/2 Millionen Franken gesprochen - kann der GGR allenfalls allein über die Sanierung entscheiden.

Die EVP-Fraktion brennen aber noch wichtige Fragen auf der Zunge:

- Ostermundigen gehört dem Freibäderverbund Bern-Ost an. Gemäss der entsprechenden Website der Gemeinde Muri-Gümligen besteht hier die Regelung, dass InhaberInnen von Saisonabonnements in einem dieser Bäder eine Vergünstigung von 50 % auf den Einzelntritt in allen anderen Bädern geniessen (Anmerkung: Auf der entsprechenden Website unserer Gemeinde fehlt dieser Hinweis). Hat der Gemeinderat in diesem Rahmen je einmal abgeklärt, ob sich die umliegenden Gemeinden Muri-Gümligen, Stettlen, Bolligen und Ittigen an den Kosten für unser Freibad beteiligen würden? Gerade aus dem nahen Gümligen wird es wohl viele Badegäste geben. Und da Stettlen, Bolligen und Ittigen nur Hallenbäder haben, kann man sich vorstellen, dass hier ebenfalls eine stattliche Zahl an Badefreudigen unser Freibad benützt. Umgekehrt stellt sich natürlich auch die Frage, ob Ostermundigen sich an den Kosten der Hallenbäder dieser Gemeinden beteiligt.
- Eine andere Frage, die geprüft werden muss: Könnte das Schwimmbad allenfalls in eine Rechtsform überführt werden, in welcher die Gemeinde vom Betrieb des Bades entbunden ist, jedoch weitgehend mitreden und -entscheiden kann?

Aus all den vorstehenden Überlegungen und Gründen stellt die EVP-Fraktion folgenden **Änderungsantrag Nr. 2**:

1. *Für die Sanierungsmassnahmen im Freibad im Bereich Restaurant, Variante 1 „Mini“, wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 440'000.-- genehmigt.*
2. *Ziffer 2 des Botschaftsantrages streichen.*
3. *Ziffern 3 und 4 gemäss Antrag in der Botschaft.*
4. *Der Gemeinderat wird beauftragt, bezüglich Freibad eine Rechtsform zu evaluieren, welche es erlaubt, dass sich andere Gemeinden an den Kosten beteiligen können.*

Die EVP-Fraktion bittet um Unterstützung im Parlament.

Sandra Löhner (CVP): Die CVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Einmal mehr nehmen wir von einem desolaten Zustand einer Gemeindeinfrastruktur Kenntnis. Warum wurde nichts unternommen und jetzt muss alles auf einmal saniert werden? Zu den verschiedenen abzustimmenden Positionen möchte ich noch ein paar Ausführungen anbringen:

- Beim Restaurant ist die Variante 2 die beste Lösung. Der Gemeinde fallen durch den Pachtvertrag Mietzinseinnahmen zu. Je mehr Leute im Freibadrestaurant konsumieren, desto mehr Mietzins hat der Pächter der Gemeinde Ostermundigen zu bezahlen. Die Mi-nivariante ist nicht attraktiv genug für die Besucherinnen und Besucher des Freibades und die Einnahmen des Restaurantbetriebs werden sinken. Vielleicht wäre ein Wintergarten in die Überlegungen mit einzubeziehen. Nicht jetzt wo die finanziellen Mittel fehlen; doch die notwendigen Anschlüsse für die Zukunft wären schon jetzt einzuplanen. Ist ein Win-terplan eine mögliche Lösung
- Sanierung des Eingangsbereichs und der Personalräume: Hier müssen gesetzliche Vorga-ben erfüllt werden und wir werden diesem zustimmen. Es stellt sich die Frage, müssen die Dusche/WC im gleichen Bereich sein. Wird das WC benutzt, so kann niemand duschen. Die Situation sollte nochmals überprüft werden.
- Projektierungskredit für die Sanierung der Schwimmbecken: Es ist uns ein Anliegen, dass das heutige Schwimmbecken (Länge 50,20 m) wettkampftauglich ist. Bleibt nach dem Einbringen der Chromstahlwanne die Wettkampftauglichkeit bestehen?

Ich kann die Finanzierung mit Nachbargemeinden wie beim Freibad "Hirzenfeld" der Ge-meinden Münchenbuchsee/Zollikofen unterstützen und werde dem Änderungsantrag der EVP-Fraktion zustimmen.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion verdankt den Abteilungen Hochbau und Gemeindebetriebe die Abklärungen und abgegebenen Botschaftsunterlagen. Das Frei-bad Ostermundigen ist seit dem Jahre 1963 in Betrieb und heute natürlich nicht mehr in Top-zustand. Wir unterstützen ganz klar die Variante "Mini" zugunsten des Restaurants. Ich habe mit dem Pächter vorgängig gesprochen und diese Variante ist möglich. Eine Luxusvariante garantiert uns keine Mehrgäste im Restaurant.

Eventuell sollte die Variante "freier Eintritt ins Freibad Ostermundigen" geprüft werden. Viel-leicht handelt es sich bereits heute um ein sogenanntes Nullsummenspiel. Die Attraktivität kann mit Gratis Eintritt ebenfalls erhöht werden.

Im Eingangsbereich wird die Notwendigkeit klar aufgezeigt. Dem vorgesehenen Kredit von Fr. 620'000.-- können wir zustimmen. Wir haben in der Verwaltung Fachleute zur Verfügung und diesen Mitarbeitenden können wir unser Vertrauen schenken.

Den Planungskredit für die Sanierungsmassnahmen am Schwimmbecken möchten wir auf Fr. 250'000.-- reduzieren. Hier liegt noch Spielraum für eine Preissenkung zur Verfügung.

Thomas Bendoza (FORUM): Wir vom FORUM haben uns ebenfalls Gedanken zum Geschäft gemacht. Die Sanierungskosten sind sehr hoch. Die Finanzlage der Gemeinde ermuntert alles andere als zu hohen Investitionen und für „Nice to have“, konsequenterweise nur fürs "Must". Unsere folgenden Bemerkungen und Anträge gehen von dieser Ausgangslage aus:

- ① Wieso wurden keine Rücklagen für das Freibad getätigt?

Zum Geschäft haben wir die folgenden Anmerkungen:

① Renovation und Erneuern der Geräte im Restaurant

Warum muss eine so hohe Investition vorgenommen werden? Können wir uns nicht auf das Wesentliche konzentrieren? Bitte von den minimalen Bedürfnissen des Hotels Bären ausgehen. Das Restaurant ist nur während der Badesaison geöffnet, d. h. nur vier Monate im Jahr. Genügen im Sommer in einem Freibad kalte Nahrung (z. B. Aufschnitt-Teller) und warme Getränke (z. B. Milch, OVO) nicht? Notfalls könnte ja in irgendeiner Ecke des Bades ein Grillplatz eingerichtet werden (mit problemloser Heizart).

① Das FORUM will kurzfristig die Hygieneprobleme beseitigen, d. h. wir wollen lediglich eine Minimalinvestition. Die Variante 1 weist bereits eine beachtliche Summe von Fr. 440'000.-- aus.

① Wie gross sind die Erträge aus dem Umsatz des Restaurants in diesen vier Monaten? Wurde schon ein Umsatzvergleich „warmes Essen“ mit anderen Freibadrestaurants in ähnlich grossen Badis (z. B. Muri) gemacht? Was wird beim Nachbarn überhaupt umgesetzt?

Wir stellen dem Parlament zwei Änderungsanträge vor. Der **Änderungsantrag Nr. 3** lautet wie folgt:

Zuerst ist ausgehend vom Umsatz zu klären, ob es im Bad ein Catering-Angebot „warme Küche“ braucht.

Der **Änderungsantrag Nr. 4** lautet:

Nur die hygienischen Mängel sind auf einfache Weise zu beheben.

Wir nehmen Bezug auf den Brief des Bärenwirts. Darin werden für die defekten Geräte von Kosten in der Höhe von Fr. 10'000.-- bis Fr. 20'000.-- gesprochen.

① Renovation Garderoben Personal

Ist für die Sanierung der Garderoben wirklich Fr. 450'000.-- notwendig? Mit diesem Betrag könnte eine günstige Eigentumswohnung erworben werden. Das FORUM erwartet, dass nur die absolut notwendigen Verbesserungen realisiert werden und wünscht eine neue günstigere Variante.

① Projektierungskosten Schwimmbecken

Die Projektierungskosten von Fr. 270'000.-- erscheinen dem FORUM zu hoch!

Wenn ich sämtliche Kosten zusammenzähle, komme ich auf 1,49 Mio. Franken ohne Projektkosten. Wenn ich die Projektkosten plus die folgenden Schwimmbeckenkosten von bis gegen Fr. 4'500'000.-- und Fr. 450'000.-- für die Sanierung der Parkplätze - es gäbe bis auf Weiteres auch noch die manuelle Reinigung - zusammen zähle, würde dies ein Totalbetrag von 6,71 Mio. Franken (plus/minus 10 % Budgetabweichungen) geben. Sind diese Kosten für Ostermundigen künftig tragbar?

Sicher müssen durch diese Anpassungen die Eintrittspreise erhöht werden und d. h. wiederum weniger Badegäste.

Rudolf Mahler (SP): Wir Mitglieder der SP-/Grüne-Fraktion sind erschrocken, wie hoch der Kredit für diesen zweiten Sanierungsschritt ausfällt. Wir haben heisse Diskussionen geführt und nach Möglichkeiten gesucht, wie wir mit Rücksicht auf die Finanzen irgendwo nachhaltig sparen könnten. Wir haben uns teilweise auch daran gestört, dass nur eine Teilsanierung vorgenommen werden soll und dass die effektiven Kosten vor der Sanierung der Schwimmbecken nicht genau bekannt sind. Wir sind aber zum Schluss gekommen, dass es keine Alternative zum Vorschlag des Gemeinderates gibt. Verschieben wir die Sanierung des Restaurants, so muss dieses geschlossen werden. Ein Freibad ohne Verpflegungsmöglichkeiten ist aber nur ein halbes Bad und dieser Zustand würde von der Bevölkerung nicht verstanden. Ausserdem müssen die Sanierungsarbeiten früher oder später trotzdem vorgenommen werden, gespart wird also nichts.

Wenn die Sanierungsarbeiten des Eingangsbereichs nicht gleichzeitig mit dem Umbau des Pumpenhauses getätigt werden, haben wir zwei Mal Baustellen und billiger kommt diese Variante bestimmt nicht. Dass die Sanierung des Eingangsbereichs zudem notwendig ist, ist erwiesen. Heute können nicht einmal die arbeitsrechtlichen und hygienischen Vorschriften eingehalten werden. Gar nicht zu sprechen vom maroden Kassensystem. Also auch hier keine nachhaltigen Einsparmöglichkeiten. Die Idee "Gratiseintritt" ist sympathisch. Doch es muss beachtet werden, dass mit diesem Schritt dem Freibad auch eine andere Klientel zugefügt wird.

Dass wir schlussendlich untersuchen müssen, wo pro Saison für ca. Fr. 45'000.-- Wasser irgendwo versickert und dass es in diesem Zusammenhang einen Kredit braucht, um herauszufinden wie das Becken, die Zuleitung und die Filteranlage für die nächsten 40 Jahre fit gemacht werden können, liegt auf der Hand. Über die Höhe des Kredits kann diskutiert werden. Grosse Einsparmöglichkeiten sehen wir nicht.

Ich komme langsam zum Schluss: Sparen könnten wir höchstens, wenn das Freibad geschlossen wird. Das wollen wir aber nicht und das will auch die Bevölkerung von Ostermundigen sicher nicht.

Die SP-/Grüne-Fraktion steht aus all diesen Gründen - wie die Bevölkerung auch - zum Freibad Ostermundigen. Wenn auch ohne Freude mit einem Ja zum gemeinderätlichen Antrag in allen Punkten.

1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte noch zu den beiden Änderungsanträgen Stellung nehmen. Zum Änderungsantrag Nr. 1 der EVP:

Die Gesellschaftsform zu prüfen bringt uns heute nicht weiter. Wir müssen realistisch sein, eine Regionalisierung der Sportanlagen bedingt einen grösseren Wurf. Eine Einzellösung kann nicht vorgenommen werden.

Ich war früher auf der Suche nach freien Hallen für unseren Unihockeyklub. Ich möchte davor warnen, dass wenn die Gemeinden aufrechnen, welche Bürger aus welcher Gemeinde, welche Infrastrukturen benutzen, in Anbetracht dessen was wir in Ostermundigen alles nicht haben, dann wird die Türe schnell geschlossen sein oder die Gegenrechnung wird höher ausfallen, als die Nachbargemeinden als finanzielle Unterstützung für das Freibad zu bieten. Dies bringt uns in vorliegendem Fall nicht weiter. Diese Anfrage kann hinter den Kulissen geführt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 3 des FORUM in Bezug auf die Bedürfnisabklärung für eine "warme Küche" interessiert mich vorgängig die Meinung von Herrn Hebeisen. Aufgrund welcher Fak-

toren wurde der Antrag gestellt und wie soll das Ganze gemessen werden? Eine Hälfte der Besuchenden will, die andere Hälfte will keine warme Küche. Die Messbarkeit und die Praktikabilität des Antrags stelle ich in Frage.

2. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Ich habe noch zwei Ergänzungen anzubringen:

- Zu den Umsatzzahlen bei umliegenden Gemeinden: Diese Fakten werden als "geheime Zahlen" gehütet. Der Umsatz eines Freibads wird nicht bekannt gegeben.
- Zum Votum von Hans-Rudolf Hausammann (SVP) betreffend Eintritt überprüfen ohne Kassensystem. Wenn die Eintritte überprüft werden sollen, ist nicht bereits heute ein neues Kassensystem anzuschaffen, welches als dann vielleicht gar nicht gebraucht wird.

Auch eine Antragsstellung bei den Nachbargemeinden für eine allfällige Fremdbeteiligung ist komisch. Mit diesem Vorgehen macht sich die Gemeinde Ostermundigen nur lächerlich.

Eduard Rippstein (CVP): Ich muss Norbert Riesen (SP) widersprechen. Der Änderungsantrag Nr. 1 der EVP-Fraktion ist sympathisch: Es heisst "der Gemeinderat soll prüfen." Mit diesem Vorgehen verändern wir das Projekt nicht. Aber der Gemeinderat soll schauen, ob es eine andere resp. bessere Form gibt.

Bei den Gratiseintritten habe ich mehr Mühe. Die Stadt Bern kontrolliert die Freibadgäste beim Eintreten. Eine Eingangskontrolle ist auch bei Gratiseintritt notwendig.

Walter Bruderer (FORUM): Ich verstehe die Argumentationen. Der Restaurantbetreiber muss alles was er verkauft im Kassensystem eintippen. Ich bin überzeugt, dass der Bärenwirt uns genau sagen kann, wie viele warme Gerichte er serviert. Die Frage ist gerechtfertigt, ob für die in der Botschaft erwähnten 12 Spitzentage anstelle einer neuen Küche ein separater Grillplatz nicht die günstigere Lösung abgibt.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Ich habe in meinem vorherigen Votum keinen Änderungsantrag gestellt. Ich möchte noch ein paar Anmerkungen anbringen:

- Nach Rücksprache mit Herrn Hebeisen kann ich dem Parlament mitteilen, dass die Planbeilagen zur Botschaft von einem "Restaurant-Profi" erarbeitet worden sind. Der Plan stellt kein Wunschprogramm dar. In der Minivariante werden Fr. 440'000.-- ausgeschieden. Im Eingangsbereich haben wir heute eine Situation, welche für die Freibadmitarbeitenden untragbar ist. Der Eingangsbereich muss saniert werden. Wenn wir Liegenschaften verschenken können, sollten wir gewillt sein, diese Sanierungskosten zu tragen. Trotzdem möchte ich beim Eingangsbereich eine Preisreduktion vorschlagen und stelle den

Änderungsantrag Nr. 5 mit folgendem Wortlaut vor:

1. Für die Sanierungsmassnahmen im Freibad im Bereich Restaurant, Variante 1: Mini, wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 440'000.-- genehmigt.
2. Für die Sanierungsmassnahmen im Freibad im Eingangsbereich wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 485'000.-- (Kostendach) genehmigt.

3. Für die Sanierungsmassnahmen der Schwimmbecken wird zulasten der Investitionsrechnung ein Projektierungskredit von Fr. 250'000.-- genehmigt.

Ich hoffe so die Sache zu Ende führen zu können.

Wie ich auf die Fr. 485'000.-- gekommen bin? Die Sanierung des Eingangsbereichs des Pumpenhauses von Fr. 135'000.-- habe ich nicht einkalkuliert. Diese Kosten können mittels Spezialfinanzierung Wasser beglichen werden.

Peter Wegmann (FDP): Dem Freibad sollte nicht das gleiche Schicksal beschieden sein wie der KA-WE-DE. Über die angestrebten Sparmassnahmen zeigen wir uns erfreut. Doch alles muss in einer gewissen Realität erstellt werden können. Die Vorrednerinnen und Vorredner suchen Nischen, welche noch Sparpotenzial herbeiführen können. Welche finanziellen Vorteile erzielt die Gemeinde Ostermundigen, wenn im Freibad kalte oder warme Speisen serviert werden? Was will ich damit kundtun? Wir sollten uns auf das Wesentliche konzentrieren. Dementsprechend empfehle ich dem Parlament, den Änderungsantrag für die Variante "Mini" zu unterstützen. Wir geben damit Fr. 440'000.-- ohne grossen Qualitätsverlust aus und dies ist für mich massgebend.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Ich vertrete bei diesem Geschäft den Departementsvorsteher Hochbau, Egon Julmi. Der Gemeinderat Synes Ernst wird sich dazu auch noch äussern. Zu den vielfältigen und ideenreichen Voten wird sich auch der Abteilungsleiter, Jürg Hebeisen, noch äussern.

Vorweg besten Dank für die Detailabklärungen direkt bei den entsprechenden Personen. Die Abteilungsleitenden stehen den Parlamentsmitgliedern zwecks Informationen immer gerne zur Verfügung.

Ich stelle fest, dass verschiedene Fraktionen im Bereich Restaurant die Variante "Mini" bevorzugen. Die Vor- und Nachteile werden von Jürg Hebeisen noch dargelegt. Die Variante 2 ist aus der Sicht des Gemeinderates realisierbar.

Von verschiedenen Seiten wurde ein sogenanntes "Benchmark" mit anderen Gemeinden einverlangt. Diese Abklärungen für den Eingangs- und Verpflegungsbereich verzögern die Sanierungsarbeiten, welche unbedingt sofort ausgeführt werden müssen. Letztendlich kann das Parlament über die Vorlage abstimmen.

Gratiseintritt: Die Ostermündiger Bevölkerung darf die Freibäder der Stadt Bern ebenfalls unentgeltlich benutzen. Zu diesem Thema müssten ebenfalls noch umfangreiche Abklärungen vorgenommen werden.

Ich bin nicht die Fachfrau und gebe deshalb das Mikrofon an den Fachmann und Abteilungsleiter Hochbau weiter.

Abteilungsleiter HB Jürg Hebeisen: Ich möchte zu einigen Punkten ergänzende Angaben bekannt geben.

① Restaurant:

Die Abklärungen betreffend Angebot wurden nicht hinterfragt. Für uns war unbestritten, dass das Angebot (Speisekarte) das Bedürfnis der Kundschaft abdeckt. Die saisonale Küche resp. der Gastrobetrieb steht für die Öffentlichkeit ein. Alle Gastrobetriebe haben hohe Anforderungen an die Hygiene. Gastro-Küchen sind immer ein teurer Posten und dies ist bei saisonalen Küchen nicht anders.

① Aussage von Herrn Marti (Bärenwirt) zu den Fr. 10'000.-- bis Fr. 20'000.--:

Dieser Betrag würde erforderlich, wenn ein Kühlwagen eine Saison lang gemietet werden müsste. Die Mietkosten betragen ca. Fr. 15'000.-- (+ Anschaffungen). Wenn die Sanierungsarbeiten nicht vorgenommen werden und der Kühlturm in der nächsten Saison ausfällt, so muss ein Kühlwagen eingemietet werden. Der Ersatz der verdorbenen Ware ist in den Mietkosten von Fr. 20'000.-- nicht eingerechnet.

① Unterschiede der Varianten Mini zu Midi:

Bei der Midi-Variante wird der ganze Küchenbereich neu gestaltet. Die Variante Mini ist lediglich ein Aufschieben der Sanierung. Die Sanierung der Küche muss früher oder später vorgenommen werden. Der heutige Plättliboden wird durch einen fugenlosen Belag ersetzt. Der Boden kann besser gereinigt werden. Die neuen Geräte stehen alle auf Räder und können zum Reinigen der Küche verstellt werden. Der Kundenbereich auf Verbundsteinen soll mit einem Betonbelag ersetzt werden. Der Boden kann inskünftig mit einem Hochdruckreiniger gesäubert werden. Der Servicebereich kann zum Aussenbereich geschlossen werden. Wenn das Gebäude zu ist, ist alles zu (inkl. Theke) - was heute nicht der Fall ist. Die hygienischen Arbeiten werden erleichtert. Die Sanierung der Küche muss vorgenommen werden.

① Wintergarten:

Wir haben einen Sommerbetrieb und die Variante wurde bereits im Vorfeld geprüft. Wenn das Wetter regnerisch ist, sind nicht viele Besucherinnen und Besucher im Freibad. Dann ist ein Sonnenschirm für die Restaurantbesuchenden ausreichend. Ein Ganzjahresbetrieb des Freibadrestaurants ist nicht möglich. Dann müsste das ganze Gebäude entsprechend gedämmt und die Eingangssituation anders gelöst werden. Die Investitionen würden dadurch deutlich zu hoch. Ausserdem ist die Konkurrenzsituation mit dem nebenan liegenden Restaurant "Flamingo" zu gross.

① Eingangsbereich:

Gratiseintritt ja oder nein? Die Billettkontrolle kostet rund Fr. 40'000.-- (inkl. Lohn- und Sozialkosten). Die Investitionen des Eingangsbereichs belaufen sich auf rund Fr. 100'000.--. Dieser Betrag auf 10 Jahre amortisiert, ergibt einen Betrag von Fr. 10'000.-- pro Jahr mehr, d. h. Fr. 40'000.-- plus Fr. 10'000.-- gleich Fr. 50'000.--. Der Vorteil bei Gratiseintritt liegt beim Umsatzplus des Restaurants und die Gemeinde profitiert von höheren Mieteinnahmen von Fr. 10'000.--. Somit müssen rund Fr. 60'000.-- den heutigen Eintritten gegenüber gestellt werden. Die Einnahmen aus den Eintritten beliefen sich in den letzten Jahren auf rund Fr. 80'000.-- (in den "guten Zeiten" ca. Fr. 160'000.--). Mit den Eintritten werden somit rund Fr. 100'000.-- zusätzliche Einnahmen generiert. Somit stellt sich nun die Frage: Wollen wir auf Fr. 100'000.-- verzichten - ja oder nein? Das Ganze sind nur grobe Kostenschätzungen.

① Wir machen nur das Nötigste im Eingangsbereich:

Wir machen nur das Nötigste. Die technischen Anlagen wie Elektroverteiler, die sanitären Anlagen lassen die Kosten ansteigen. Sie stellen die teuersten Anlagen dar. Im Eingangsbereich steht eine kleine Küche für die Mitarbeitenden zur Verfügung.

① Heizung:

Der Badmeister hat einen Ganzjahresjob. Eine geheizte Garderobe ist Voraussetzung für ein angenehmes Arbeitsklima.

① Projektierungskredit von Fr. 270'000.-- für das Schwimmerbecken:

Es werden drei Varianten detailliert erarbeitet. Eine Kürzung dieses Kredits bedeutet, dass wir mit weniger guten Angaben und Zahlen in den GGR kommen können. Die Plus-/Minustoleranz der Erstellungskosten wird kleiner.

① Wieso werden für das Freibad keine Rückstellungen bereitgestellt:

Diese sind von Gesetzes wegen leider nicht erlaubt.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Ich möchte mich auch noch zu einigen Voten äussern.

① Regionsgemeinde und Trägerschaft:

Die Frage wurde in der Abteilung bereits diskutiert. Grosse Hoffnungen muss ich bereits heute eindämmen. Ich erwarte keine grosse Bereitschaft seitens der Regionsgemeinden. Dabei muss beachtet werden, dass wir auch Leistungen von auswärts nutzen.

① Eingangsbereich/Personal/Kontrolle:

Ich möchte davor warnen und darauf hinweisen, dass der Eingangsbereich einen Sicherheitsfaktor darstellt. Reklamationen zur Ordnung im Freibad werden relativ schnell deponiert. Badmeister sind heute keine reinen Badmeister mehr. Sie sind heute auch Elternersatz. Viele Kinder wissen nicht, wie sie sich im Freibad zu benehmen haben. Auch die Kassiererinnen werden heute für verschiedenste Arbeiten eingesetzt. Langfristig sind keine Einsparungen abzusehen. Eine Separierung oder nicht Sanierung des Eingangsbereichs kommt letztendlich teurer zu stehen.

① Sparideen:

Ich finde es gut, wenn sich das Parlament Gedanken zum Sparen macht. In der Botschaft ist explizit erwähnt, dass das Pumpenhaus nicht im Sanierungskredit Freibad inbegriffen ist.

2. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Aufgrund der Angaben zu den Personalkosten und für die Billettkosten ziehe den **Änderungsantrag Nr. 1** zurück. Ich werde der Ziffer 2 des gemeinderätlichen Beschlusses zustimmen.

Colette Nova (SP): Ich habe verzweifelt versucht, dass Ganze etwas billiger erscheinen zu lassen. Alle Eingaben, Varianten und Antworten fand ich sehr spannend und richtungsweisend. Es fällt mir schwer, doch wir müssen in den sauren Apfel beißen und den gemeinderätlichen Antrag voll und ganz zu unterstützen.

Peter Wegmann (FDP): Besten Dank für die kompetenten Ausführungen zu den beiden Varianten Mini und Midi. Ich teile die Aussagen von Herrn Hebeisen. Ein Aufschieben von gewissen Notwendigkeiten entspricht genau unserer Gemeindeentwicklung. Wenn wir unsere Finanzlage sowie die Bevölkerungsentwicklung genauer betrachten, müssen wir versuchen, mehr Altlasten loszuwerden. Bei der Sanierung des Freibades handelt es sich primär um eine "Altlastensanierng". Das Freibad ist bereits sehr alt und es ist logisch, dass nun ein gewisser Sanierungsbedarf anfällt. Doch wir sind ebenfalls gezwungen, dort wo es Sinn macht, den Gürtel enger zu schnallen.

Rahel Wagner (EVP): Mir sind noch einige Fragen aufgetaucht: Wenn wir dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen, wann können die Sanierungsarbeiten ausgeführt werden? Und hat das Parlament noch den Sanierungskredit des Schwimmbeckens zu genehmigen? Was passiert wenn die Sanierung des Schwimmbeckens einen Volksentscheid bedingt und das Volk diesem nicht zustimmt? Haben wir dann x-Hunderttausend Franken ausgegeben ohne Schwimmbeckensanierung? Der terminliche Ablauf ist nicht klar.

Departementsvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne): Bitte die Botschaft lesen: Kapitel 2.6 Termine. Eine Volksabstimmung für die Sanierung des Schwimmbeckens ist unumgänglich. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Bevölkerung das Freibad behalten will. Möglicherweise gibt es eine Variantenabstimmung. Aus den eingegangenen Voten sind keine Ausführungen gegen den Betrieb des Freibades eingegangen.

Rudolf Wiedmer (SP): Ich werde den Eindruck nicht los, dass verschiedene Rednerinnen und Redner, welche die Sanierungsmassnahmen ändern oder ganz eliminieren wollen, noch nie im Freibad waren. Ich bin viel im Freibad, sei es bei schönem oder weniger schönem Wetter resp. vielen und weniger vielen Besucherinnen und Besucher. Das Restaurant braucht es. Es kann nur die Variante 2 "Midi" in Frage kommen. Bei der Variante "Mini" sind die optischen Sanierungsmassnahmen für die Besuchenden nicht ersichtlich und die Gäste stellen sich dann schnell die Frage: Was hat die Gemeinde Ostermundigen für rund 0,5 Mio. Franken an Sanierungsmassnahmen vorgenommen?

Wenn die Sanierung des Schwimmbeckens dem Souverän vorgelegt werden muss, so wage ich bereits heute die Behauptung, dass diese Investitionen bewilligt werden und das Freibad nicht "beerdigt" werden muss.

Christian Zeyer (SP): Ich kann die vorangehenden Argumentationen von Aufschieben und Sparen nicht nachvollziehen. Wie lange können wir die notwendigen Sanierungsmassnahmen noch aufschieben und wie soll es dann gemacht werden? Eine Sanierung in Raten wird letzten Endes teurer ausfallen. Schade ist das Geschäft dem Parlament nicht früher resp. im

Sommer vorgestellt worden, als dann hätten wir mittels eines Augenscheins vor Ort uns über den Zustand informieren können.

Ein saurer Abgang bleibt bestehen! Wieso ist das Geschäft nicht früher dem Parlament vorgestellt worden. Ich teile die Erkenntnis von Rahel Wagner (EVP): Eine klares Commitment³) des Gemeinderates zum Schwimmbad fehlt gänzlich. Eine saubere und frühzeitige Gesamtplanung des Freibades wäre von Nöten gewesen. Eine Volksabstimmung wäre nötig geworden und hätte bestimmt ein "Ja" in der Bevölkerung ausgelöst.

Aber so bleibt ein saurer Abgang. Diesen sauren Abgang hatte ich in letzter Zeit des öfteren hier im Tellsaal genossen. Ich bin der Meinung resp. es ist mein Wunsch an die Gemeindeverwaltung: Es ist besser vor auszuplanen!

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Um die eingegangenen Änderungsanträge in der richtigen Reihenfolge behandeln zu können unterbreche ich die Sitzung für ca. zwei Minuten.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Als erstes möchte Herr Hebeisen die Frage zu den abgegebenen Grundrissplänen noch klären.

Abteilungsleiter HB Jürg Hebeisen: Der beigelegte Küchenplan stellt die vom Gemeinderat vorgestellte Variante "Midi" dar. Die Variante "Mini" betrifft nur die Kühlanlage. Nur der linke Teil (Kühlanlage) auf dem Plan wird saniert - für den Gast wird die Sanierung nicht sichtbar. Der ganze Küchenbereich - ausser der Lüftung - wird nicht saniert.

Christian Zeyer (SP): Ich möchte einen weiteren **Änderungsantrag Nr. 6** eingeben. Es wird heftig um die Sanierungskosten diskutiert. Besteht nirgends Potenzial, um die Kosten senken zu können? Ich möchte folgenden Wortlaut wissen:

Den Beschlussesziffern 1 und 2 ist zuzustimmen. Es wird ein Sparauftrag von Fr. 100'000.-- verfügt.

Dieser Betrag entspricht zehn Prozent von einer Million Franken Sanierungskosten. Der Betrag kann sicher irgendwo eingespart werden.

³) Wikipedia: **Organisationales Commitment** bezeichnet das Ausmaß der [Identifikation](#) einer Person gegenüber einer [Organisation](#). Commitment im Allgemeinen kann sich jedoch auf eine Vielzahl unterschiedlicher Foci richten. Dabei wird zwischen drei Betrachtungsebenen unterschieden:

- [affektive Ebene](#): Emotionale Verbindung zu einer Organisation; ein starkes affektives Commitment äussert sich so, dass die Organisation eine große persönliche Bedeutung für den Mitarbeiter hat und dass der Mitarbeiter ihr daher auch zukünftig gern angehören will (van Dick, 2004)
- [normative Ebene](#): Akzeptanz der Organisationswerte sowie erlebte Verpflichtung des Mitarbeiters, in der Organisation zu bleiben aufgrund von "Investitionen, die die Organisation für den Mitarbeiter tätigt (z. B. die Aus- und Fortbildung)" (van Dick, 2004, S. 17).
- [Beständigkeit](#) bzw. fortsetzungsbezogenes Commitment: Wechselkosten bei Verlassen der Organisation^[1]. Wird daher auch als rationale Ebene des organisationalen Commitments bezeichnet.

Eduard Rippstein (CVP): Ich bitte Christian Zeyer (SP) seinen Änderungsantrag Nr. 6 zurückzuziehen. Diese Sandkastenspiele bringen nichts. Es werden an dummen Orten Einsparungen vorgenommen und zehn Jahre später muss dort der doppelte Betrag ausgegeben werden. Wenn der Verwaltung gute Arbeit attestiert wird, so kann davon ausgegangen werden, dass die billigsten Varianten gerechnet worden sind und nicht noch Fr. 100'000.-- zusätzlich gespart werden können.

Christian Zeyer (SP): Ich halte an meinem Änderungsantrag fest. Der Änderungsantrag kann vom Parlament abgelehnt werden. Wenn er abgelehnt wird, so soll doch den beiden Beschlusseziffern Nr. 1 und 2 so zugestimmt werden, wie sie vom Gemeinderat vorgeschlagen worden sind.

Rahel Wagner (EVP): Wir ziehen bei unserem Änderungsantrag die Ziffer 2 "2. Ziffer 2 des Botschaftsantrages streichen." zurück. Der Eingangsbereich im Freibad soll auch saniert werden. Wir haben uns belehren lassen und wollen, dass die bestehenden Infrastrukturen gepflegt werden.

Wenn wir jetzt noch eine Dreifachturnhalle wollen, so müssen wir schon über die Bücher und schauen, was wir uns überhaupt noch leisten können.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Ich gebe das Abstimmungsprozedere bekannt:

- Als erstes stimmen wir über die beiden Änderungsanträge Nr. 3 des FORUMS ab. Anschliessend über den Änderungsantrag Nr. 6 von Christian Zeyer (SP). Es folgt der Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion betreffend Variante "Mini" (Ziffer 1).
- Betreffend die Ziffer 2 liegt der Änderungsantrag Nr. 5 der SVP-Fraktion zu einem reduzierten Kredit vor.
- Ebenfalls bei der Ziffer 3 liegt kommt der Änderungsantrag Nr. 5 der SVP-Fraktion zu Abstimmung.
- Zu Ziffer 4 liegt der Änderungsantrag Nr. 2 der EVP-Fraktion vor.
- Die neue Ziffer 5 kommt nur dann zu tragen, wenn keine Minimalvariante eine Mehrheit findet.

Ich verlese nochmals die eingegangenen Änderungsanträge. Der **Änderungsantrag Nr. 3** des FORUM lautet wie folgt:

Zuerst ist ausgehend vom Umsatz zu klären, ob es im Bad ein Catering-Angebot „warme Küche“ braucht.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 3 des FORUM wird mit 26 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Der **Änderungsantrag Nr. 4** des FORUM lautet:

Nur die hygienischen Mängel sind auf einfache Weise zu beheben.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 4 des FORUM wird mit 25 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Als nächstes stimmen wir über den **Änderungsantrag Nr. 6** von Christian Zeyer (SP) ab. Dieser lautet wie folgt.

Den Beschlusseziffern 1 und 2 ist zuzustimmen. Es wird ein Sparauftrag von Fr. 100'000.-- verfügt.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 6 von Christian Zeyer wird mit 19 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Jetzt wird über die Beschlusseziffern Nr. 1 bis 4 der gemeinderätlichen Botschaft abgestimmt. Der **Änderungsantrag Nr. 2** zu Ziffer Nr. 1 der EVP-Fraktion lautet:

- Für die Sanierungsmassnahmen im Freibad im Bereich Restaurant, Variante 1 „Mini“, wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 440'000.-- genehmigt.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 zu Ziffer Nr. 1 der EVP-Fraktion wird mit 17 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Für die Beschlusseziffer Nr. 2 liegt der **Änderungsantrag Nr. 5** der SVP-Fraktion vor. Der Text lautet:

- *Für die Sanierungsmassnahmen im Freibad im Eingangsbereich wird zulasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 485'000.-- (Kostendach) genehmigt.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 5 zu Ziffer Nr. 2 der SVP-Fraktion wird mit 19 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Zu der Sanierung des Schwimmbeckens (Ziffer Nr. 3) liegt ebenfalls ein **Änderungsantrag Nr. 5** der SVP-Fraktion vor. Der Text lautet:

- *Für die Sanierungsmassnahmen der Schwimmbecken wird zulasten der Investitionsrechnung ein Projektierungskredit von Fr. 250'000.-- genehmigt.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 5 zu Ziffer Nr. 3 der SVP-Fraktion wird mit 13 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Jetzt ist noch über den **Änderungsantrag Nr. 2** der EVP-Fraktion für eine neue Beschlussziffer Nr. 4 abzustimmen. Der Wortlaut ist:

- *Der Gemeinderat wird beauftragt, bezüglich Freibads eine Rechtsform zu evaluieren, welche es erlaubt, dass sich andere Gemeinden an den Kosten beteiligen können.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 zu einer neuen Ziffer Nr. 4 der EVP-Fraktion wird mit 23 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Sämtliche Änderungsanträge wurden abgelehnt. Jetzt hat das Parlament noch über die gemeinderätlichen Beschlusseziffern abzustimmen, d. h. wir haben noch die Schlussabstimmung vorzunehmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 22 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für die Sanierungsmassnahmen im Freibad im Bereich Restaurant, Variante 2: „Midi“, wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 870'000.-- genehmigt.
2. Für die Sanierungsmassnahmen im Freibad im Eingangsbereich wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 620'000.-- genehmigt.
3. Für die Sanierungsmassnahmen der Schwimmbecken wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Projektierungskredit von Fr. 270'000.-- genehmigt.
4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

63.11.00 Allgemeines

49. Integrationsprojekt "schritt:weise": Genehmigung Schlussbericht und Evaluation; Weiterführung des Projekts als Daueraufgabe der Gemeinde

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Wir sind im Zeitplan in Rückstand geraten. Ich hoffe, dass wir nun etwas aufholen können.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion hat vom Schlussbericht „schritt:weise“ und vom Schlussbericht „Evaluation“ Kenntnis genommen. Ob sie die Berichte zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis nimmt, bleibt der Fraktion grundsätzlich freigestellt.

Die Ergebnisse der Berichte sind keine grosse Überraschung. Jedenfalls sind sie im Sinn des Auftraggebers ausgefallen. Das ist bei Pilotprojekten der Verwaltung auf den Ebenen Bund, Kanton und Gemeinden meistens der Fall.

Die SVP-Fraktion bestreitet die positiven Ergebnisse des Projektes „schritt:weise“ nicht. Die Grundzielsetzung der Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien mittels Hausbesuchsprogramm und die eingesetzten Instrumente ergeben durchaus Sinn.

Dennoch stellt das Projekt „schritt:weise“ aus der Sicht der SVP-Fraktion gleich wie das Geschäft Nr. 50 „Ferieninsel“ ein „Nice to have-Projekt“ dar. Das heisst, schön und nützlich wenn es diese Angebote gibt, sie sind aber nicht zwingend für den Fortbestand der Gemeinde Ostermundigen. Wir sind also nicht grundsätzlich dagegen, sondern wollen die Realisierung solcher Projekte mit Augenmass betreiben und die finanziellen Aspekte nicht völlig ausblenden.

Die SVP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, den Beschluss der Botschaft in Punkt 3 in der vorliegenden Fassung zu streichen und durch eine geänderte Formulierung zu ersetzen.

Der **Änderungsantrag Nr. 1** der SVP-Fraktion zur neuen Beschlusseziffer 3 lautet wie folgt:

- *Das Projekt „schritt:weise“ wird vorerst bis Ende 2012 befristet weitergeführt. Danach ist dem Parlament zur befristeten oder unbefristeten Weiterführung des Projektes ein neuer Antrag zu stellen.*

① Begründung

Der Nutzen des Projektes ist für die SVP-Fraktion mehrheitlich unbestritten. Bei der aktuellen Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen ist jedoch mit der Einführung von neuen Daueraufgaben für die Gemeinde Vorsicht am Platz. Mit der Verlängerung der Befristung des Projektes können noch mehr Erfahrungen gesammelt und ausgewertet werden. Bis ins Jahr 2012 sind Kantons- und Bundesbeiträge für das Projekt verbindlich zugesichert. Danach nicht mehr. Im Jahr 2012 sind die Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision auf den Gemeindehaushalt besser einzuschätzen. Das Parlament kann seinen Entscheid, ob das Projekt „schritt:weise“ zu einer Daueraufgabe der Gemeinde wird oder nicht, gestützt auf eine verbesserte Faktenlage treffen. Mit der befristeten Verlängerung des Projektes wird heute für die Zukunft nichts verbaut.

Walter Bruderer (FORUM): Bevor wir „schritt:weise“ definitiv als Daueraufgabe der Gemeinde betrachten, wollen wir noch mehr Erfahrungen sammeln. Wir sind dafür, dass der Betrieb in der heutigen Form weiter läuft. Wir vermuten, dass noch bedeutend mehr Familien als die 15 gefundenen Familien unterstützt werden müssen.

Wir wollen aber auch, dass ausländischen Familien, die in die Schweiz einreisen, unmissverständlich und sofort mit schriftlicher Bestätigung bekannt gegeben wird, dass sie ohne wenn und aber bereit sein müssen, sich

- a. in der Schweiz zu integrieren, d. h. z. B. sofort deutsch zu lernen und
- b. ihre Kinder vernünftig zu erziehen, d. h. auch auf eine möglichst problemlose Schulzeit gut vorzubereiten.

Selbstverständlich müssten alle, zwangsläufig auch heirats- und scheidungswillige Schweizer/innen verpflichtet werden, für ihre Kinder zuverlässig zu sorgen, solange sie nicht mündig sind.

Die Gemeinde sollte genügend gut integrierte, für „schritt:weise“ geeignete ausländische Hausbesucherinnen suchen, die solche „schritt:weise“-Aufgaben, selbstverständlich gegen Entlohnung übernehmen.

Nötig wäre, dass das Bundesamt für Migration

- a. den Ausländern bei ihrer Einreise in die Schweiz klipp und klar mitteilt, welche Rechte und Pflichten sie in der Schweiz haben und
- b. dem Bundesrat dazu empfiehlt, gezielte Entwicklungshilfe zu Gunsten der meistens armen Bevölkerung in den Herkunftsländern zu unterstützen.

Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Urs Rüedi (SVP): Ich möchte zuerst an das Votum von Walter Bruderer anhängen. Er hat Integrationsmassnahmen "en Masse" gefordert. Doch dies ist heute Abend nicht das Thema. Grundsätzlich hat das Parlament jedes Jahr während der Budgetdebatte das Recht, das Projekt "schritt:weise" zu eliminieren. Was in diesem Projekt abläuft, könnt ihr anschliessend im Verwaltungsbericht nachlesen. Dieser Sachverhalt entspricht auch dem Votum von Ernst Hirsiger (SVP).

Es ist richtig: Das Projekt stellt "Nice to have" dar! Doch wenn die Erfolge mit Kindern und Familien, welche sich etwas weiter weg von der Ideallinie aufhalten, näher betrachtet werden, so müssen wir feststellen, dass wir in keinem günstigeren Moment eingreifen können. Jedes spätere Eingreifen verursacht ein deutliches Mehr an Kosten. Das hier investierte Geld erzielt eine optimale Wirkung. Je früher die Fehler erkannt werden, desto weniger Spätfolgen treten auf.

① Zum Thema "Subventionen" bzw. Bundesbeiträge:

Das Risiko durch ein Auslaufen des Projekts besteht. Es ist auch gut möglich, dass sich irgendwo ein "Kässeli" öffnet. Für Gelder sind die Verwaltungsangestellten stets am Ball.

① Noch zu einem Votum von Walter Bruderer (FORUM):

Eine Hausbesucherin ist Tamilin und es sind nicht nur alles Schweizerbürgerinnen. Wir könnten sicher noch mehr Familien betreuen. Aber wir können nicht zu viel auf das Projekt aufla-

den; wir müssen das Projekt letzten Endes auch noch finanziell Tragen können. Langfristig kann die gewünschte Wirkung überprüft werden. In dutzenden von Städten im In- und Ausland wird das Projekt betrieben. Das Prinzip funktioniert in etwa so wie in der Evaluation vorgestellt.

Heinz Gfeller (FDP): Die Vorlage ist ein Teil aus dem Projekt ZIO (Zusammenleben in Ostermundigen). In der heutigen Zeit ist das Zusammenleben nicht einfacher geworden. Viele neue Herausforderungen haben sich mit der Entwicklung unserer Gesellschaft ergeben. Leider ist es nur ein Teil des Projekts ZIO. Was im Projekt ebenfalls enthalten ist, ist die Integrationsvereinbarung, welche ein Gegenpart des vorliegenden Projekts darstellt. Das Projekt "schritt:weise" funktioniert, mit der richtigen Auslesung und der Motivation der Nutzniessenden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Botschaft und der Schlussbericht nicht ganz billig sind.

Beim Abwägen von allen Pro und Contras kommt die FDP-Fraktion zum Schluss, der Vorlage zuzustimmen, obwohl die Laufende Rechnung belastet wird und obwohl Ungewissheit bezüglich der zukünftigen Subventionsgelder besteht. Auf der anderen Seite gilt es zu beachten, dass wenn nur eine Einweisung verhindert werden kann, wir uns bereits in den "grünen Zahlen" befinden.

Bruno Hirt (Grüne): Das Marie Meierhofer Institut für Kinder ist eine kompetente Fachstelle, was die Forschung über die Entwicklung von Kindern betrifft. Das ausgeklügelte Konzept zur Begleitung und Förderung von benachteiligten Kindern und Familien hilft, für bessere Bedingungen und Grundlagen für eine gute Entwicklung der Kinder und Familien zu sorgen.

Aus der Resilienzforschung ⁴⁾ wissen wir, dass stabile Beziehungen zu Eltern oder zu wichtigen Bezugspersonen die Grundlagen für eine gute Entwicklung bilden. Das Projekt „schritt:weise“ hilft hier auf pragmatische Weise, Eltern und Kinder zu unterstützen.

Die Auswertung zeigt, dass im Grossen und Ganzen beachtliche Erfolge erzielt werden. Hervorzuheben ist, dass Eltern insgesamt aktiver und spielerischer mit ihren Kindern interagieren. Auch das Basteln und Malen wird als regelmässige Aktivität genannt. Ausserdem gehören bei Programmabschluss die Gute-Nacht-Rituale bei den meisten Familien nun zum täglichen Ablauf.

Gerade diese Aktivitäten tragen massgebend dazu bei, dass vertrauensvolle Beziehungen entstehen. Wenn es gelingt, benachteiligte Eltern mit ihren Kindern zu fördern, entstehen zwischen ihnen verantwortungsvollere Beziehungen. Dies hilft den Kindern, Selbstvertrauen, Hoffnung, Unabhängigkeit, Mut und Entschlossenheit aufzubauen, um so ihre Zukunft erfolgreich zu meistern.

Wir von den Grünen, Gewerkschaften und der SP unterstützen deshalb die definitive Einführung des Projekts "schritt:weise". Wir finden, dass das Geld gut investiert ist. Mit der umfassenden Hilfe kann in vielen Fällen vermieden werden, dass durch eine ungenügende Integration und Beziehungsbildung von Eltern und ihren Kindern später zu hohen Folgekosten führt,

⁴⁾ Wikipedia: **Resilienz** (v. [lat. resiliere](#) ‚zurückspringen‘ ‚abprallen‘, deutsch etwa *Widerstandsfähigkeit*) ist die Fähigkeit, Krisen durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklungen zu nutzen.

z. B. dann, wenn Kinderschutzmassnahmen nötig werden, oder Eltern mangels Integration abhängig vom Sozialdienst werden.

Mit der Autodrehleiter für 1,5 Mio. Franken kann vielleicht in 10 Jahren ein Leben gerettet werden. Doch mit Fr. 146'000.-- pro Jahr kann sehr viel mehr Gutes getan werden, dies ist gewiss sinnvoller eingesetztes Geld.

Silvia Fels (EVP): Wir von der EVP-Fraktion begrüssen das Projekt sehr. Wir stimmen diesem auch zu. Wir sind in der Fraktion sehr nahe am Projekt "schritt:weise" dran gewesen und haben uns einen guten Einblick verschaffen können. Als EVP-Fraktion begrüssen wir es sehr, dass in Ostermundigen die Förderung der Kinder aus sozial benachteiligten Familien und somit die Integration der ganzen Familie schon ganz früh ein Thema ist. Dem Antrag, das Projekt "schritt:weise" per Januar 2011 als Daueraufgabe in die Gemeinde aufzunehmen, stimmen wir zu.

Departementsvorsteher VJ Urs Rüedi (SVP): Ich weise nochmals darauf hin, dass es sich um ein befristetes Projekt handelt. Im Zusammenhang mit dem Budget kann das Projekt jeweils ausradiert werden.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit können wir das Abstimmungsprozedere in Angriff nehmen. Es liegt der **Änderungsantrag Nr. 1** der SVP-Fraktion zur neuen Beschlusseziffer 3 vor. Diese lautet:

- *Das Projekt „schritt:weise“ wird vorerst bis Ende 2012 befristet weitergeführt. Danach ist dem Parlament zur befristeten oder unbefristeten Weiterführung des Projektes ein neuer Antrag zu stellen.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 1 der SVP-Fraktion wird mit 20 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Folge dessen haben wir noch über den gemeinderätlichen Antrag zu befinden. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 22 zu 4 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Schlussbericht „schritt:weise“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Schlussbericht „Evaluation“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
3. Per 1.1.2011 wird das Projekt „schritt:weise“ eine Daueraufgabe der Gemeinde.
4. Die Kosten von Fr. 146'600.-- sind in das Budget 2011 aufzunehmen.

10.3.72 Motionen
63.6.70 Dem Jugendamt zugewiesene Aufgaben

50. Überparteiliche Motion betreffend Bedürfnisabklärung und Errichtung einer "Ferieninsel"; Berichterstattung

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Möchte sich der Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz noch zum Geschäft äussern?

Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Urs Rüedi (SVP): Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass hauptsächlich aus finanziellen Überlegungen die Zeit für die Einführung einer Ferieninsel noch nicht soweit fortgeschritten ist. Das ganze Konzept liegt vor und sieht aus wie eine leere Flasche, welche noch mit Wasser gefüllt werden muss.

Peter Wegmann (FDP): Ich verzichte hier auf eine Wiederholung meines Votums vom 10. September 2009 zu dieser Angelegenheit. Die FDP-Fraktion wird diesem vorliegenden Beschluss auch zustimmen. Trotzdem erlaube ich mir dazu folgende Bemerkungen:

- Obwohl bei der vollzogenen Umfrage absolut qualifizierend richtige Personenkreise angesprochen worden sind, haben lediglich 37,5 % geantwortet. Bei diesen Antworten haben gerade noch 29 % eine Ferieninsel befürwortet. Was im Vergleich zur Umfrage klar eine Absage von rund 75 % - das heisst von rund drei Vierteln - zu einem solchen Vorhaben erkennen lässt.
- Es mutet darum schon sehr befremdend an, dass unsere Verwaltung einmal mehr mit wenig erspriesslichen um nicht zu sagen unnötigen Aufträgen beschäftigt wird. Ich denke dabei auch insbesondere, dass wir uns auf wesentlich wichtigere Notwendigkeiten konzentrieren sollten.
- Zudem betrachte ich mit Verlaub Punkt 2 und 3 beim Beschluss als völlig daneben. Zumal uns die vorliegende Umfrage wie vorerwähnt klar keinen relevanten Bedarf anzeigt, was ein Zurückkommen zu späterem Zeitpunkt rechtfertigen könnte.

Ich stelle darum begründet den **Änderungsantrag Nr. 1:**

Die ersatzlose Streichung von Punkt 2 und 3 bei dieser Botschaft.

Peter Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion macht auf die Angebote der Reformierten Kirche, des Evangelischen Gemeinschaftswerkes EGW und des Blauen Kreuzes aufmerksam. Seit Jahren bieten diese Institutionen Ferienwochen im Frühling resp. Herbst an. Diese eigenständigen Angebote könnten allenfalls zeitlich mit der Ferieninsel koordiniert werden. Es wäre auch eine Zusammenarbeit aller Institutionen vorstellbar, wie zum Beispiel ein gemeinsames Mittagessen oder Anlässe, je nach Anzahl Kinder und Betreuungspersonen.

Nun hat aber die ganze Sache noch einen Haken. Wegen der angespannten Finanzlage ist eine erste zweiwöchige Ferieninsel erst für das Jahr 2013 vorgesehen, falls die Kosten dafür dann ins entsprechende Budget aufgenommen werden. Bis dahin kann sich noch einiges ändern. Die EVP-Fraktion unterstützt deshalb das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen

gemäss Botschaft. Falls die zukünftigen Finanzen es erlauben, würde die EVP-Fraktion die erwähnten Beträge gutheissen und eine Ferieninsel begrüssen.

Rudolf Mahler (SP): Wir stimmen dem gemeindrätlichen Antrag zu. Wir haben jedoch zu Beschlusseziffer 2 noch einen kleinen **Änderungsantrag Nr. 2**. Dieser lautet wie folgt:

4. *Die Ferieninsel wird bereits im Jahre 2011 eingeführt. Ab 2012 wird die Ferieninsel auf 4 bzw. 6 Wochen ausgedehnt.*

Das ganze Projekt soll vorgezogen werden. Es gibt bereits heute viele Personen, welche ihre Kinder während den Schulferien nirgends "unterbringen" können.

Thomas Wegmüller (SVP): Besten Dank für die Unterlagen. Diese können uns von der Grundmeinung nicht abbringen: Wir können dem Geschäft auch heute Abend nicht zustimmen. Es kann nicht sein, dass die Betreuung von Kindern immer mehr in den "Vollservice des Staates" übergehen soll. Eine Familie hat nach wie vor noch eine Eigenverantwortung wahrzunehmen. Wir nehmen die Beschlusseziffern 1 bis 4 zur Kenntnis. Wir distanzieren uns von einer Zustimmung in Position 1 und stellen deshalb den **Änderungsantrag Nr. 3** wie folgt:

Beschlussesziffer 1: Streichung des Wortes "zustimmend".

Walter Bruderer (FORUM): Entweder werden solche Inseln für alle Ferienwochen angeboten oder gar nicht. Bereits bei der Behandlung der Tagesschulen haben wir auf die Problematik der langen Ferienzeit für die Erziehungsbeauftragten und die Kinder aufmerksam gemacht. Ausgehend von den erhaltenen Informationen lehnen wir das Geschäft einstweilen noch ab.

Wegen der knappen Nachfrage müssten wahrscheinlich solche Ferieninseln eher regional angeboten werden. Vermutlich gibt es nicht viele unterstützungsbedürftige Eltern, die von bis zu 11 Wochen Ferien profitieren können.

Es darf nicht sein, dass beide Erziehungsbeauftragten, die einen gut bezahlten Job haben, die Kosten für die Kinderbetreuung nicht zu 100 % selber tragen. So weit darf die Gemeindehilfe zu Lasten der Steuerzahlenden nicht gehen. Das Angebot sollte sich darum nur an echt Unterstützungsbedürftige richten. Gut situierte Nutzer der Ferieninsel müssten unbedingt dafür sorgen, dass die Gesamtrechnung für die Ferieninseln immer ausgeglichen abschliesst.

Gestattet ist den Erziehungsbeauftragten auch, sich frühzeitig mit Grosseltern, Geschwistern, Paten, Nachbarn, Kollegen, Verwandten, Bekannten und Eltern von Schulkameraden/innen abzusprechen, wer die Kinder während der Ferien zum Wohl von allen Beteiligten betreut.

Wir unterstützen den Änderungsantrag Nr. 3 der SVP-Fraktion.

Departementsvorsteher VJ Urs Rüedi (SVP): Votum Walter Bruderer: Der Tarif richtet sich nach dem der Stadt Bern. Es gibt keinen Sozialtarif. Hier soll keine neue Pflanze gepflanzt werden, sondern wir wollen uns der Region anpassen und es gleich tun. Damit können wir eine Völkerwanderung einschränken.

Offensichtlich ist es so, dass die Fragebogen eine gewisse Verbindlichkeit ausgedrückt haben. Unsere Aufgabe war es, die Fakten zu erheben, ein Konzept zu erarbeiten und die Auslegung steht dem Parlament jetzt zur Verfügung.

Votum Peter Wegmann: Ich habe dich richtig verstanden. Du hast das Gefühl, dass der Auftrag, den das Parlament der Verwaltung auferlegt hat, nicht gerechtfertigt ist. Nicht die Arbeit der Verwaltung wurde in Frage gestellt? Ansonsten müssten wir uns nochmals unter vier Augen treffen.

Zum Änderungsantrag Nr. 2 von Rudolf Mahler (SP) sei erwähnt, ob ein Vorziehen der Leistungen sinnvoll ist oder nicht, von der politischen Seite definiert werden muss.

Thomas Wegmüller hat in seinem Votum den Vollservice des Staates angesprochen. Dies ist Tatsache und auf die veränderten Strukturen der Bevölkerung zurück zu führen.

1. Vizepräsident Norbert Riesen (SP): Ich habe Mühe mit dem Ganzen. Es fühlt sich als eine Mogelpackung an. Wir diskutieren über rund Fr. 20'000.-- bei einem Gesamtjahresbedarf von 100 Mio. Franken. Sprechen wir Klartext: Entweder wollen wir die Ferieninsel oder nicht. Heute Abend sind Nägel mit Köpfen einzuschlagen. Alles andere ist Scheinfechtereie oder politisches Taktieren.

Departementsvorsteher VJ Urs Rüedi (SVP): Grundsätzlich liegt der Betrag im Verantwortungsbereich des Gemeinderates. Doch der GGR hat die vorliegenden Papiere bestellt und letztendlich soll das Parlament darüber entscheiden.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor und wir können das Abstimmungsverfahren durchführen. Es liegen insgesamt drei Änderungsanträge vor. Wir nehmen die Abstimmung positionsweise vor. Der **Änderungsantrag Nr. 3** der SVP-Fraktion sieht unter Ziffer 1 die folgende Formulierung vor:

Beschlussesziffer 1: Streichung des Wortes "zustimmend".

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 3 wird mit 16 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Als nächstes ist der **Änderungsantrag Nr. 1** der FDP-Fraktion an der Reihe. Dieser lautet:

Die ersatzlose Streichung von Punkt 2 und 3 bei dieser Botschaft.

A b s t i m m u n g .

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mit 17 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Zu guter Letzt ist der **Änderungsantrag Nr. 2** der SP-/Grüne-Fraktion an der Reihe. Die Beschlusseziffer 2 lautet neu:

- *Die Ferieninsel wird bereits im Jahre 2011 eingeführt. Ab 2012 wird die Ferieninsel auf 4 bzw. 6 Wochen ausgedehnt.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 16 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Rudolf Mahler (SP): In der ursprünglichen Version wird ab dem Jahr 2014 von 4 bis 6 Wochen gesprochen. Es handelt sich um das Gleiche jedoch nun vorgezogen.

Departementsvorsteher VJ Urs Rüedi (SVP): Rudolf Mahler meint, dass es einen, zwei oder drei Blöcke an 2 Wochen gibt (Frühling/Sommer/Herbst).

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat noch über den gemeinderätlichen Antrag abzustimmen. Der GGR fasst mit 17 zu 8 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Vom Konzept „Ferieninsel“ wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Aus finanziellen Überlegungen wird die „Ferieninsel“ in den nächsten beiden Jahren (2011 und 2012) nicht durchgeführt. Sieht die Finanzlage für das Jahr 2013 besser aus, entscheidet der Gemeinderat, ob die Bruttokosten von Fr. 17'260.-- für eine zweiwöchige „Ferieninsel“ ins Budget 2013 aufgenommen werden.
3. Der Gemeinderat entscheidet nach der Pilotphase über das weitere Vorgehen der „Ferieninsel“.
4. Die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

10.4.04 Personelles
30.4.24 Schulhaus Dennigkofen

51. Orientierungen des Gemeinderates

51.1 Rücktritt von Gemeinderat Egon Julmi

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich habe eine traurige Mitteilung abzugeben. Egon Julmi hat aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat erklären müssen. Er hat erkennen müssen, dass er die Aufgaben und die Verantwortung eines Departementvorstehers nicht mehr länger wahrnehmen kann. Er muss den Rücktritt mit sofortiger Wirkung erteilen. Der Gemeinderat wird an der nächsten Sitzung den Rücktritt formell genehmigen.

Wir alle wünschen Egon alles Gute für die schwierige Zukunft.

51.2 Schule Dennigkofen; Tag der offenen Tür

Departementvorsteherin FS Ursula Lüthy (Grüne): Die Sanierung des Hallentrakts steht vor der Vollendung. Dieser konnte bereits nach den Herbstferien bezogen werden. Auch die Vereine dürfen die Hallen wieder benutzen. In der Turnhallensituation hat sich eine Entschärfung ergeben. Die Abnahme des Hallentrakts findet Mitte November 2010 durch die Abteilung Hochbau statt.

Der erste grössere Anlass in der neuen Aula findet am 20. November 2010 (Tag der offenen Tür) statt. Ich empfehle dem Parlament einen Besuch in der neuen Turnhallenanlage.

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Es sind noch drei politische Neueingänge eingegangen:

**Interpellation R. Wiedmer (SP) betreffend Stand der Motion A. Thomann (SP)
zum Thema "Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für Mundiger Vereine";
parlamentarischer Neueingang**

Fragen

1. Sind mittlerweile geeignete Standorte gefunden worden?
2. Bis wann gedenkt die Gemeinde diese Werbeflächen zu realisieren?

Begründung

Die Motion A. Thomann wurde am 11. Dezember 2008 mit 29 zu 0 Stimmen angenommen. Gemeinderat Egon Julmi sagte damals, der Gemeinderat sei bereit, die eingereichte Motion entgegen zu nehmen. Seit längerer Zeit erarbeite der Gemeinderat ein Konzept für die Plakatierung in der Gemeinde Ostermundigen.

Weiter wurde versprochen, das Parlament im Rahmen der Beantwortung und Abschreibung der Motion über die allfällig zu realisierenden Anlagen und Standorte zu informieren.

Es wäre von Interesse zu wissen, wo diese Standorte geplant sind und was installiert wird.

Sollten noch keine Standorte geplant sein, so möchten wir wissen, bis wann die Mundiger Vereine mit solchen für sie bestimmten Werbeflächen rechnen können.

Für eine diesbezügliche Antwort besten Dank im Namen der Mundiger Vereine.

sig: R. Wiedmer (SP)

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Bestrahlung; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Es liegt auf der Hand, dass Bestrahlung von Mensch und Tier durch verschiedene Techniken erfolgen kann, und zwar auf der Sende- wie auch auf der Empfangsseite. Unabhängig davon, ob jemand die relevanten Angebote nutzt oder nicht, wird er/sie heutzutage mehr oder weniger stark bestrahlt. In der eidg. Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) ist u. a. festgelegt, dass der Bundesrat Immissionsgrenzwerte festlegt und dabei auch die Einwirkungen auf Personengruppen mit erhöhter Strahlen-Empfindlichkeit wie Kinder, Kranke, Betagte und Schwangere berücksichtigt.

Die Gemeinde sollte auf Anlagen, die Strahlen ausbreiten, gezielt Einfluss nehmen. Zwecks kleinstmöglicher Bestrahlung von Mensch und Tier sollte sie festlegen, wo sie Standorte von Antennen und bei welchen Sendestärken und Senderichtungen will und wo nicht. Darum wäre es sinnvoll, wenn die Gemeinde eine Übersicht für ihr Gemeindegebiet erstellt und führt, woraus für Laien nachvollziehbar hervor geht, wie jedes heutige und potenziell neue Gemeindegebiet aus welchen Richtungen und mit welcher maximalen Leistung bestrahlt wird bzw. bestrahlt werden darf.

Im gleichen Sinne sollte die Gemeinde festlegen, unter welchen Bedingungen sie WLAN-Installationen, Hobby-Funk oder ähnliche Techniken bewilligt, die sich auf Menschen und Tiere auswirken können (z. B. in Schulen, Restaurants, Ausbildungszentren, unter Wohnnachbarn, auf Sport- und Freizeitplätzen, in Fahrzeugen usw.). Hinweis: Die Zeitschrift „K-Tipp“ hat in ihrer Nr. 15 vom 22.9.2010 über Problemfälle für elektrosensible Menschen und Tipps berichtet sowie ein 147-seitiges Buch mit dem Titel „Gesundheitsrisiko Elektromog“ angepriesen.

Verträge zwischen Vermietern von Antennenstandorten sollten nur Gültigkeit erlangen, nachdem sie von der Hochbaukommission geprüft und vom dafür zuständigen Gemeinderat genehmigt worden sind. Für ihren einmaligen und wiederkehrenden Aufwand sollte sich die Gemeinde entschädigen lassen.

Fragen

1. Ist unsere Gemeinde jederzeit - auch vor Baupublikationen - in der Lage, alle technischen Aspekte betreffend Bestrahlung zu beurteilen und zu überprüfen (sei es durch eigenes Personal oder in jeder Beziehung neutrale Dritte)?
2. Ist die Gemeinde betreffend Bestrahlung bereit, der Bevölkerung Informationen und Empfehlungen zu liefern sowie neutrale Ratschläge zu erteilen, die allgemein verständlich sind?
3. Warum ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass auf dem Dach des Gebäudes „Bernstrasse 140“ von der Antenne ausgehende Bestrahlung keine Gefahr darstellt für die Kinder der nahen Rütischule, des Kindergartens am Schiessplatzweg, des Spielplatzes beim kirchlichen Pavillon, der Jugendlichen auf den nahen Sportplätzen sowie der Betagten am Schiessplatzweg?

4. Warum und wozu ist im Baureglement (Art. 42, Abs. 5) seit sehr vielen Jahren ein Antennenreglement erwähnt, das nach wie vor nicht existiert, unseres Erachtens jedoch dringend nötig ist?

sig: W. Bruderer, M. Schenk, T. Bendoza

Interpellation B. Grossniklaus (SP) und Mitunterzeichnende betreffend Stand der überparteilichen Motion betreffend "Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen"; parlamentarischer Neueingang

Fragen

1. Wie ist der Stand des Geschäfts heute im Vergleich zu vor einem Jahr?
2. Ist mittlerweile ein geeigneter Standort für die Kinderbetreuung gefunden worden?
3. Liegt die Gemeinde noch im Zeitplan, welche die Motion vorgibt? (Umsetzung bis Juni 2011)

Begründung

Die Frage nach ausreichenden Betreuungsplätzen für Kinder ist ein Thema mit dem Status „Dauerbrenner“. Eine Gemeinde wie Ostermundigen ist angewiesen, dass es genügend betreute Plätze für unsere Kleinen gibt. Sie erleichtern unseren Jüngsten den Erwerb von Sozialkompetenzen und ermöglicht den Müttern einen Wiedereinstieg ins Berufsleben, was Familie und Wirtschaft im Endeffekt nützt. Aus Sicht der Familienfreundlichkeit und -attraktivität der Gemeinde Ostermundigen für mögliche bzw. existierende Familien mit mundiger Wohnsitz sollte dieses Projekt dringend vorangetrieben werden. Gerade bei jungen Familien ist die Frage nach ausreichender Kinderbetreuung heute von erheblicher Bedeutung, wenn es um die Wahl des Wohnsitzes geht. Zusätzlich stellen die neubebauten Siedlungsgebiete eine neue Herausforderung dar. Zu bedenken ist auch, dass laut Motion die Frist zur Umsetzung im Juni nächsten Jahres ausläuft.

Dem Interpellanten ist bewusst, dass es bereits vor etwa einem Jahr eine Interpellation mit ähnlichem Inhalt gab. Dennoch erachten wir die Thematik um genügend Kinderbetreuungsplätze in Ostermundigen als so wichtig für eine gesunde Gemeindeentwicklung, dass ein erneutes Nachhaken gerechtfertigt ist. Zumal dem Verwaltungsbericht für das Jahr 2009 zu entnehmen ist, dass der Gemeinderat sich zum Zeitpunkt des Verfassens immer noch auf der Suche nach Räumlichkeiten befand, um notfalls in eigenen Liegenschaften ein entsprechendes Angebot zu errichten.

sig: B. Grossniklaus (SP)	C. Nova (SP)	H.R. Burkhalter (Grüne)
R. Kehrli (SP)	B. Hirt (Grüne)	R. Wagner (EVP)
P. Wagner (EVP)	R. Bolliger (EVP)	R. Mahler (SP)
R. Wiedmer (SP)	J. Scheidegger (SP)	J. Biner (SP)
S. Fels (CVP)		

Soweit wären wir am Ende der heutigen Sitzung. Zum Schluss noch dies:

*Da war da noch der Gesuchsteller am Schalter der Verwaltung mit folgender Bitte:
"Ich müsste ein Strafregisterauszug haben. Aber wenn möglich ohne Vermerk von Strafen bitte."*

In diesem Fall bis am 18. November 2010 und wer Lust hat, kommt noch ins "La Favorita".